

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 30 vom 24. Juli 1981

15. Jahrgang

1 DM

Beirut bombadiert

Begin will Krieg!

BEIRUT. — Die Bombenangriffe der israelischen Luftwaffe auf verschiedene Städte im Libanon, die in der letzten Woche aufgenommen und am Wochenende fortgesetzt wurden, sind ein wesentlicher Schritt mehr als die bisherigen nahezu ununterbrochenen einzelnen Terrorakte gegen den Libanon. Sowohl Zahl und Umfang der Bombardements und des eingesetzten Kriegsgeräts, als auch die Dauer und die Wucht dieser verbrecherischen Überfälle bedeuten faktisch eine offene Kriegshandlung Israels.

Begin, der für seinen offen aggressiven Kurs bei den kürzlichen Wahlen in Israel nach wie vor wachsende Zustimmung verzeichnen konnte, will nun im Nahen Osten Tatsachen schaffen. Die schon seither ständig durchgeführten Bombenangriffe auf einzelne Ziele vor allem im Süden des Libanon und der ungeheuerliche Bombenangriff auf den irakischen Atomreaktor vor wenigen Wochen hatten bereits in aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Zionisten in Israel vor nichts zurückschrecken.

Im Angesicht der wachsenden internationalen Isolierung will Begin nun insofern Tatsachen schaffen, als er für Israel den Rang der militärisch und strategisch stärksten Macht in Nahost herbeibomben lassen will.

Trotz aller Worte, die jetzt gesagt werden, und aller möglichen Erklärungen, die gegeben werden, ist es eine Tatsache, die



Israels Bomber zerstörten Beirut.

man unterstreichen muß, daß der israelische Militarismus vor allem von den USA gedeckt und gefördert wird. Die USA sind es, die in der UNO jede echte Maßnahme gegen den Terror Begins verhindern. Sie sind es, die die Hauptlast der Finanzierung von Begins Aufrüstung tragen, die täglich Millionen Dollar in die vom Militarismus erschütterte israelische Wirtschaft pumpen, die das Rüstungsprogramm organisieren.

Tausende von Todesopfern in den letzten Wochen sind das Ergebnis dieser aggressiven Politik. Einer Politik, die nach wie vor auch von der Bonner Regierung aktiv unterstützt wird, sowohl durch Finanzhilfen als auch durch politische und diplomatische Unterstützung, trotz aller Initiativen, die ergriffen wurden, um den Völkern der Erdölförderländer weiß zu machen, Bonn sei kein aktiver Helfer Israels.

Unruhe wegen geplanter Sozialdemontage

DGB-Chef Vetter schrieb an Kanzler Schmidt

BONN. — Unter anderem eine Sondersteuer für höhere Einkommen fordert der DGB-Vorsitzende Vetter in einem Brief an Bundeskanzler Schmidt, mit dem er gegen den angekündigten Rundschlag gegen das soziale Netz protestiert. Wachsende Unruhe und Empörung in den Gewerkschaften haben Vetter dazu veranlaßt, sich direkt an den Kanzler zu wenden. Allerdings sind die Forderungen, die der DGB-Chef dabei auflistete, in wichtigen Punkten halbherzig. Zum Teil gehen sie gar in die falsche Richtung.

Bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 1982 will die Bundesregierung unter dem Vorwand des Abbaus der Staatsverschuldung einen brutalen Rundschlag gegen das gesamte soziale Netz führen. Es ist davon die Rede, daß bei den Staatsausgaben in den nächsten vier Jahren 40 Milliarden DM eingespart werden sollen.

Vetter protestierte in seinem Brief, den er an Kanzler Schmidt sowie an den Bundesfinanz- und den Bundesarbeitsminister schickte, gegen eine „einseitige Konzentration auf den Sozialleistungsbereich“ bei den beabsichtigten Einsparungen. Unter anderem weist Vetter

„in aller Schärfe“ die in Bonn erwogene Kürzung des Arbeitslosengeldes zurück. Soweit, soweit!

Vetters Forderungen sind jedoch inkonsequent und zum Teil sogar schief. Zum einen sind doch nicht nur einseitig auf den Sozialbereich konzentrierte Sparmaßnahmen anzulehnen, sondern generell alle Einschränkungen am Sozialsystem. Stattdessen müssen vor allem die Großkapitalisten, die Bank- und Konzernherren zur Kasse gebeten werden, und der Rüstungshaushalt muß drastisch beschränkt werden. Genau die Forderungen fehlen aber bei Vetters Brief.

Nach dem polnischen Parteitag

Kanias Wahl — ein Kompromiß

Drohungen gegen die Arbeiter

WARSAWA. — Der außerordentliche Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) wählte am Wochenende die neue Parteiführung. Neben der Tatsache, daß die Ergebnisse der Wahlen einen weitestgehenden Austausch der Mitglieder der Parteiführung bedeuteten, ist vor allem das Ausmaß des Wahlsieges des seitherigen Parteivorsitzenden Kania ein Ergebnis, das den Verlauf des Parteitags widerspiegelt: ein Kompromiß.

Kanias Sieg war bereits abzusehen, als klar wurde, wer zum Parteivorsitz kandidiert. Weder der Repräsentant des sogenannten konservativen Flügels, Olszowski, noch Rakowski als Vertreter der offen liberalen Kräfte innerhalb der polnischen revisionistischen Partei, stellten sich zur Wahl.

Die drei Fraktionen innerhalb der PVAP hatten sich unter dem beiderseitigen Druck sowjetischer Drohungen einerseits und der polnischen Arbeiterbewegung andererseits auf Kania als Vertreter einer Kompromißformel geeinigt, die die Entscheidungen aufschiebt, um gegenwärtig keine Explosion erleben zu müssen.

Die Debatten auf dem Parteitag und auch während der Wahlen zeigten, durch ihre zum Teil ungeheure Schärfe und Gegensätzlichkeit, daß die verschiedenen Parteifaktionen ihren Kampf fortsetzen, daß dies keine dauerhafte Lösung ist. (In einem der nächsten „Roter Morgen“ werden wir dies ausführlich behandeln.)

Einig waren sich die Parteiführer lediglich darin, daß gegenwärtig alle Forderungen der Arbeiter „absolut utopisch“ seien. Die wirtschaftliche Krise, das betonten sowohl Kania als auch Rakowski, als auch der neue Sprecher des „Katowicer Forums“ Siwak, mache es unmöglich, neue Forderungen zu erfüllen.



Die polnischen Arbeiter sollen nach dem Willen des Parteitags keine Forderungen mehr erheben.

Gegen die „fünf Weisen“ und ihr „Sondergutachten“ zur Wirtschaftslage, das Kapitalisten und Staat drastische Lohnsenkungen und Kürzungen der Sozialleistungen empfiehlt, gibt es in den Betrieben großen Protest. Auf obenstehendem Foto sind Arbeiterinnen und Arbeiter aus Saarbrücken zu sehen, die vor dem Wohnhaus eines der „fünf Weisen“, Prof. Olaf Sievert, demonstrieren. Den arbeiterfeindlichen Plänen muß entschiedener Widerstand entgegengestellt werden.

Aufruf zur Friedensdemonstration am 10. Oktober

Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden und die Aktion Sühnezeichen haben die Initiative für die Durchführung einer großen Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn ergriffen. Der von den beiden Veranstaltern vorgelegte Demonstrationsauftritt ist bisher von über 100 Initiativen und Organisationen, darunter auch die KPD, die KJD und die Kommunistischen Studenten, unterzeichnet worden.

Unsere Partei setzt sich mit aller Entschlossenheit für die Verwirklichung der im Demonstrationsauftritt erhobenen Forderungen ein: Auf-

kündigung des NATO-Raketenschlusses! Keine neuen Atomraketen in Europa! Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa!

Zugleich bekräftigen wir unsere Überzeugung, daß für eine dauerhafte Friedenssicherung das vollständige Abkoppeln unseres Landes von der amerikanischen Supermacht notwendig ist, daß der NATO-Austritt und die Neutralität der Bundesrepublik erkämpft werden müssen.

Die Demonstration am 10. Oktober wird für den Friedenskampf in unserem Land ein sichtbares Zeichen setzen. Sie wird am Sitz der Bundesregierung die Ent-

schlossenheit aller aktiven Kriegsgegner bekunden, über alle Grenzen von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung hinweg, gemeinsam für die Erhaltung des Friedens zu kämpfen.

Die Mitglieder und Freunde unserer Partei rufen wir auf, alles in ihren Kräften stehende zum Gelingen dieser Massendemonstration beizutragen. Verbreitet den Aufruf in Betrieb und Stadtteil, mobilisiert Kollegen und Freunde für die Fahrt nach Bonn!

Sekretariat der
Kommunistischen Partei
Deutschlands

Kommentar der Woche

Die USA wollen an das Problem der Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion „ernsthaft und realistisch“ herangehen. Das sagte der amerikanische Außenminister General Haig in einer in der letzten Woche gehaltenen Grundsatzrede, die als offizielle Darstellung der Reagan-Regierung zum gesamten Komplex der sogenannten Sicherheitspolitik gilt.

Es war zu erwarten, daß Bonns Außenminister Genscher als erster nach diesem von Haig ausgeworfenen Brocken schnappen würde. Triumphierend ließ er unverzüglich über die Nachrichtenagenturen verbreiten, daß die Amerikaner nun endgültig ihre Verhandlungsbereitschaft in Sachen Mittelstreckenraketen unter Beweis gestellt hätten. Wer jetzt an dieser Bereitschaft noch immer zweifle, so Genscher, mache sich damit zum Sprachrohr Moskaus.

Haigs Grundsatzrede

Wenn das so ist, dann haben der Außenminister und seine Gesinnungsfreunde allerdings allen Grund zu lähmendem Entsetzen. Die Agenten und Sprachrohre Moskaus nämlich sitzen dann auch mitten in Washington. Dort ist die politische Differenzierung über den künftigen Kurs der Reagan-Regierung inzwischen soweit fortgeschritten, daß selbst Mitglieder der alten Carter-Mannschaft (die ja nun wahrhaftig niemand als Friedensengel verdächtigen wird) ihren Nachfolgern öffentlich vorwerfen, einen gefährlichen und provokativen Kurs zu betreiben.

Sehen wir uns die Grundsatzrede des Generals Haig einmal näher an. Sie enthält tatsächlich nicht den geringsten Hinweis darauf, daß Washington seine aggressive Politik in irgendeiner Form abzumildern gedächte. Haig redet von Verhandlungen (ohne sich allerdings auch nur mit einem Wort über deren Inhalte auszulassen) und betont im gleichen Atemzug, daß es den USA in erster Linie darum gehe, ihre militärische Stärke zu vergrößern. In Bezug auf das Verhältnis zur Sowjetunion sagte er, die Rüstungskontrolle könne niemals das Kernstück der Beziehungen zwischen beiden Ländern sein. Washington würde vielmehr das Verhalten Moskaus auf der ganzen Welt (Stichworte: Afghanistan, Indochina, Afrika usw.) als eine Bedingung für die Aufnahme von Rüstungskontrollverhandlungen berücksichtigen.

Haig hat in seiner Grundsatzrede nur die schon bekannten Standpunkte der Reagan-Leute aneinandergereiht. Offen bekannte er sich erneut dazu, daß die weitere Stärkung des aggressiven Militärpotentials absoluten Vorrang hat. Und das soll ein Angebot zur Abrüstung sein? Und weiter: Von der sowjetischen Supermacht wird nicht weniger verlangt, als eine Änderung ihres expansionistischen Verhaltens in der ganzen Welt, also ein Rückzug aus ihren Einflußgebieten. Das wird dann auch noch zur Bedingung für die Aufnahme von Verhandlungen erklärt.

Natürlich weiß auch ein Haig, daß dieses Ansinnen die Selbstaufgabe der Sowjetunion als einer imperialistischen Supermacht bedeuten würde. Und er weiß genauso gut, daß die Herren im Kreml nicht im Traum daran denken, sich aus den Ländern zurückzuziehen, in denen sie sich einmal festgekrallt haben. Soweit geht auch Breschnews „Friedensliebe“ nicht, daß er etwa Afghanistan wieder räumen ließe, nur im mit den Amerikanern doch noch an den Verhandlungstisch zu kommen.

Aber das ist ja gerade der springende Punkt bei der Angelegenheit: daß die Führer beider Supermächte keineswegs Tag und Nacht um den Frieden zittern, wie es uns aus Bonn pausenlos eingehämmert wird. Was sie betreiben, ist ein gefährliches Pokern um die Macht mit immer höheren Einsätzen, wobei jede ihre Positionen auf Kosten der anderen stabilisieren und ausweiten will. Nicht der Wunsch nach Rüstungsbegrenzung ist das Ziel ihrer Bestrebungen, sondern die Verhandlungsfarce sind nur ein Bestandteil des Machtpokers. Gerade jetzt ist Washington wieder am Zuge gewesen. Und Haigs Rede hat eines klargestellt: Washington hat keinerlei Interesse an einer Begrenzung oder gar einem Abbau der Atomwaffen in Europa. Die amerikanischen Imperialisten wollen die Stationierung ihrer neuen Mittelstrecken durchsetzen, weil sie in ihnen das Mittel sehen, als Sieger aus einem bis zum Atomkrieg eskalierten Kampf um die Weltherrschaft hervorzugehen.

Daß Moskau seine SS-20-Rüstung weiterbetreibt, nehmen die Kriegstreiber in Washington dabei in Kauf. Schließlich sind diese Raketen ja nicht auf amerikanische Ziele gerichtet, sondern auf Westdeutschland und Mitteleuropa.

Detlef Schneider

Innenministerkonferenz in Hannover

CDU will Ausländerrecht verschärfen

HANNOVER. — In der niedersächsischen Landeshauptstadt fand in der vergangenen Woche ein Treffen der Innenminister aus den CDU/CSU-regierten Bundesländern unter Teilnahme von Vertretern der Unions-Frakturen im Bundestag statt. Auf der Tagesordnung stand die Beratung über ein verschärftes polizeistaatliches Vorgehen gegen mißliebige Ausländer.

Niedersachsens Innenminister Möcklinghoff erklärte im Anschluß an die Konferenz, man sei übereingekommen, daß das Ausländergesetz um „eine Reihe von Normen“ ergänzt werden müsse. Das sei notwendig, um Gewalttaten von Ausländern auf deutschem Boden zu bekämpfen. Über die von der Union geforderten neuen Normen sagte Möcklinghoff im einzelnen: Auch diejenigen Ausländer, die einer verbotenen Organisation angehören, müßten sofort abgeschoben werden

verhängen — sie können beispielsweise die Festlegung von Demonstrationsrouten, das Verbot des Tragens bestimmter Transparente oder ähnliches betreffen.

Bei Verstößen gegen solche Auflagen, sofern sie von Ausländern begangen werden, soll also nach dem Willen der Unions-Innenminister ein Mechanismus in Gang gesetzt werden, der die sofortige Ausweisung der betreffenden Personen zur Folge hat. Bedeutsam dabei ist die Tatsache, daß den Aus-

geringste Möglichkeit, sich gegen solche unwahren Vorwürfe zu wehren. Und wenn es sich dabei um türkische Demokraten handeln würde, wäre der Weg aus westdeutschen Polizeizeilen in die Folterkeller der faschistischen Diktatur schon vorgezeichnet.

Innenminister Möcklinghoff verteidigte den in Hannover verabredeten reaktionären Vorstoß der Unions-Minister zynisch damit, es werde „dem Ansehen aller Ausländer zugute kommen“, wenn sich „extremistische Gewalttäter“ nicht mehr auf deutschem Boden aufhalten. Aber was heißt denn hier „Gewalttäter“? Sicher gibt es die unter den in der Bundesrepublik lebenden Ausländern. Da sind zum Beispiel die Grauen Wölfe, jene faschistische Mör-



Die CDU/CSU-Innenminister wollen durch die Verschärfung des Ausländerrechts ein Instrument zur Abschiebung ausländischer Demokraten schaffen.

können. Die Ausländerpolizei soll — ohne ein rechtskräftiges Gerichtsurteil abwarten zu müssen — Ausländer sofort abschieben können, wenn sie gegen das Vereinigungsgesetz, das Versammlungsgesetz oder darauf gegründete polizeiliche Auflagen verstoßen haben.

Möcklinghoff lehnte es zwar gegenüber der Presse ab, solche Auflagen zu konkretisieren. Man kann sich jedoch trotzdem leicht die Auswirkungen der von der Union angestrebten Maßnahmen ausmalen. Denn es gehört ja seit eh und je zum Arsenal der Polizeitaktik bei der Bekämpfung fortschrittlicher Aktionen, willkürlich Auflagen zu

ländern nunmehr jeder Möglichkeit genommen werden soll, gegen solche Maßnahmen gerichtlich vorzugehen. Von der Festnahme bis zum Vollzug der Ausweisung bliebe alles in der Hand der Polizei. Und damit wäre jeglicher Willkür Tür und Tor geöffnet. Es wäre Raum geschaffen für alle nur denkbaren Provokationen der Polizei, die nur zu dem Zweck unternommen werden, um die Ausweisung bestimmter Ausländer zu erreichen.

Ja, es würde genügen, wenn ein Vorstoß gegen bestimmte Auflagen einfach nur fälschlich behauptet würde. Die Abgeschobenen hätten ja nicht die

derbande, deren terroristische Aktivitäten auch in der Bundesrepublik eine blutige Spur hinterlassen haben. Aber um gegen diese Bande vorzugehen, bedarf es keiner „neuen Normen“ im Ausländergesetz. Und dennoch laufen die Mörder von Celaletin Kesim weiter frei herum, haben die Grauen Wölfe weiterhin ihre legale Kommandozone in der Frankfurter Türk Federation.

Die verantwortlichen Behörden denken nicht daran, die bestehenden Gesetze gegen ausländische Faschisten und ihre Organisationen anzuwenden. So liegt es auf der Hand, daß die von der CDU/CSU jetzt betrie-

bene Verschärfung des Ausländerrechts ausschließlich gegen aktive Demokraten gerichtet ist. Und in diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, daß schon seit Monaten eine massive staatliche Hetze gegen ausländische — vor allem türkische — Demokraten und Antifaschisten betrieben wird, wobei man sie als „Extremisten“ mit den Mordbanden vom Schlage der Grauen Wölfe in einen Topf wirft.

Die CDU-Innenminister haben ihren reaktionären Vorstoß in Sachen Ausländerrecht mit kaum zu überbietender Dreistigkeit als „Voraussetzung für ein würdiges Gespräch mit den Ausländern“ bezeichnet. Nachdem diese Typen den Dialog mit der Jugend mittels Polizeiknüppel, Massenverhaftungen und Giftgas aufgenommen haben, wollen sie jetzt also das „würdige Gespräch“ mit den ausländischen Demokraten per Ausweisungsterror führen. Sie gehen daran, ein Instrument zu schaffen, das — gerade auf die türkischen Kollegen angewandt — demokratische Aktivitäten letztlich mit Gefängnis, Folter und Tod bestrafen würde. Denn nichts anderes bedeutet eine Auslieferung dieser Kollegen an die faschistische Junta von Ankara.

Der reaktionäre Vorstoß der Unions-Minister muß konsequent zurückgeschlagen werden!

Faschisten loben Börner

Die von der NPD gesteuerte rassistische Bürgerinitiative Ausländerstopp hat dem hessischen Ministerpräsidenten Börner (SPD) bescheinigt, „erstauslich fortschrittlich“ zu sein. Dabei beziehen sich die Faschisten auf ein Interview mit der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“, in dem Börner gesagt hatte: „Es kommt, solange ich in Hessen etwas zu sagen habe, kein Türke mehr ins Land. Denn die sozialen Folgekosten aus der Anwerbung von Ausländern sind so hoch, daß es unverantwortlich ist, das fortzusetzen.“

Damit, so die Faschisten, sei Börner „zum Kronzeugen für die Argumente der Bürgerinitiative Ausländerstopp“ geworden. Das Präsidium dieser Nazi-Initiative hat beschlossen, die Äußerung Börners für ein neues Hetzflugblatt gegen die Ausländer zu verwenden, das demnächst in einer Startauflage von einer Million Exemplaren verbreitet werden soll.

Bundespost

Gebührenerhöhung trotz Milliardenprofiten

BONN. — Drastische Gebührenerhöhungen stehen den Postkunden ins Haus. Ab 1. März 1982 muß auf den Standardbrief eine 80-Pfennig-Marke aufgeklebt werden. Das ist eine Verteuerung um 33 Prozent. Bei der Postkarte wird das Porto von 50 auf 70 Pfennig klettern, beim Päckchen von 2,30 auf 3,20 DM, beim Paket von 3,40 auf 4,50 DM.

In der Welthitliste der Länder mit den höchsten Briefgebühren wird die Bundesrepublik Deutschland dann eine stolzen zweiten Platz belegen können. Aber auch im Vergleich mit anderen Teuerungsraten innerhalb der Bundesrepublik nimmt sich die ständige Erhöhung der Postgebühren als wahrer Amoklauf aus. So stieg der Preisindex im privaten Dienstleistungsgewerbe von 1971 bis 1979 um 55,8 Prozent, bei der Post im gleichen Zeitraum um Werte zwischen 200 (Briefe) und 400 Prozent (Drucksachen).

Nun ist es aber keineswegs

so, daß die Bundespost etwa in roten Zahlen stecken würde. Zur gleichen Zeit, wo die erneuten unverschämten Gebührenerhöhungen bekanntgegeben wurden, präsentierte Minister Gscheidle eine Bilanz, die für das letzte Jahr offiziell runde zwei Milliarden Mark Gewinne auswies. Einen Profit in der gleichen Höhe hatte die Post auch schon im Jahr 1979 erwirtschaftet. So stand es jedenfalls in der von Gscheidle vorgelegten Bilanz. Tatsächlich aber waren die Gewinne 1979 wesentlich höher: Zu den zwei Milliarden, die bei der Post verblieben,

kamen nämlich noch weitere 3,5 Milliarden, die als sogenannte Haushaltsabgabe in die Kassen von Finanzminister Matthöfer flossen.

In diesem Jahr dürfte sich die Höhe der Haushaltsabgabe um etwa 3,8 Milliarden Mark bewegen, sodaß sich die realen Profite der Post auf fast sechs Milliarden Mark summieren. In immer größerem Ausmaß wird die Post dazu herangezogen, die Lücken im Bundeshaushalt zu stopfen. Ursprünglich mußte die Post „nur“ 6 2/3 Prozent ihres Umsatzes als Haushaltsabgabe abführen. In den letzten beiden Jahren hatte Matthöfer darüber hinaus die Post schon mit Sonderabgaben geschröpft, nicht zuletzt um die in schwindelnde Höhen gestiegenen Rüstungsausgaben zu finanzieren. Inzwischen ist das

Postverwaltungsgesetz vom Bundestag dahingehend geändert worden, daß nunmehr volle 10 Prozent des Postumsatzes an den Staatshaushalt abgeführt werden müssen.

So werden also auf dem Umweg über die ständig steigenden Postgebühren die Werktätigen zusätzlich ausgeplündert. Früher gab es das „Sonderopfer Berlin“, eine Marke, die jeder Postkunde auf seinen Brief kleben mußte, um damit die Frontstadt Westberlin zu finanzieren. Heute steckt in jeder einzelnen Briefmarke längst ein viel höheres „Sonderopfer“, das uns abgepreßt wird: Für die Banken und Konzerne, die es sich auf dem Weg über den Staatshaushalt holen, und natürlich auch für den Tornado oder den Leopard 2.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Antikriegstag 1981

Stahlarbeiter rufen zu Aktionen auf!

IGM-Vertreterversammlung: „Friedenskampf in die Betriebe tragen“

BREMEN/NÜRNBERG. — Der Antikriegstag ist in diesem Jahr wie noch nie bisher ein Thema, mit dem sich die Gewerkschafter in den Betrieben beschäftigen. So haben die IGM-Vertrauensleute der Klöckner-Hütte in Bremen die Belegschaft zu Aktionen aufgerufen. In Nürnberg hat die Vertreterversammlung der IG Metall einmütig den Beschluß gefaßt, das Thema „Frieden und Abrüstung“ in die Betriebe zu tragen.

In Bremen haben die fortschrittlichen Gewerkschafter erreichen können, daß der DGB zum ersten Mal aus Anlaß des Antikriegstages am 1. September zu einer Demonstration und Kundgebung aufruft. Auch in anderen Städten gibt es ähnliche Initiativen des DGB. Wie wir im letzten „Roten Morgen“ berichteten, wird beispielsweise der DGB in Köln breite Aktivitäten zum Antikriegstag entfalten. In der zweiten Septemberwoche will der Kölner DGB mit einer Kampagne für Frieden und Abrüstung beginnen, die bis Mitte November dauern soll und deren Höhepunkt eine Friedensdemonstration durch die Kölner Innenstadt sein wird.

In Bremen verstärkt der Vertrauensleutkörper der IG Metall auf der Klöckner-Hütte gegenwärtig seine Bemühungen, den Antikriegstag und den Friedenskampf breit in die Belegschaft der Hütte zu tragen. So heißt es in Bezug auf die DGB-Demonstration zum Antikriegstag in Bremen in einem Informationsblatt der Vertrauenskörperleitung bei Klöckner für die Belegschaft:

„Die Vertrauenskörperleitung der IGM ruft alle Kolleginnen und Kollegen auf, sich an dieser gewerkschaftlichen Aktion zu beteiligen.“

Bereits auf der Vertrauensleut-Vollversammlung wurde über den Rüstungswettlauf und die wachsende Kriegsgefahr diskutiert. Es gab unterschiedliche Meinungen über die Ursachen der Hochrüstung, aber es herrschte Einigkeit über ihre Konsequenzen: Die Arbeiter und Angestellten waren immer die Hauptopfer von Kriegen.

Die gewaltigen Summen, die in die Rüstung gesteckt werden, fehlen für die Erhaltung der Sozialleistungen, die Bekämpfung

der Arbeitslosigkeit, die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Die Vertrauenskörperleitung empfahl die Unterstützung der Aufklärungs- und Unterschriftenaktionen gegen den Rüstungsbeschluß der NATO.

Die Vertrauenskörperleitung veröffentlichte in dem Informationsblatt ferner eine Entschließung zum Friedenskampf, die von der Vertrauensleut-Vollversammlung ohne Gegenstimme verabschiedet worden ist. In der Entschließung wird die Rücknahme des NATO-Beschlusses gefordert und alle Kolleginnen und Kollegen werden aufgefordert, sich am 1. September an der Antikriegstags-Demonstration zu beteiligen (siehe nebenstehenden Kasten).

In Nürnberg hat der Betriebsratsvorsitzende eines Nürnberger Metallwerkes auf einem Friedensfest bekannt gegeben, daß die Vertreterversammlung

der IG Metall Nürnberg einmütig beschlossen habe, das Thema „Frieden und Abrüstung“ in die Betriebe zu tragen. Ferner teilte der Betriebsratsvorsitzende mit, daß die Delegiertenkonferenz der Nürnberger ÖTV-Gewerkschaft und die Bezirksdelegiertenkonferenz der HBV-Gewerkschaft für Mittelfranken beschlossen haben, den „Krefelder Appell“ bzw. den „Bielefelder Appell“ gegen die Stationierung neuer Atomraketen zu unterstützen.

Vertrauensleute der Klöckner-Hütte zur Stahlkrise

„Für bundesweite gewerkschaftliche Aktionen“

BREMEN. — Am 1. Juli hat die Vertrauensleuterversammlung der IG Metall auf der Klöckner-Hütte in Bremen eine Resolution gegen die Arbeitsplatzvernichtung in der Stahlindustrie beschlossen. Darin wird der Vorstand der IG Metall aufgefordert, eine bundesweite Stahlkonferenz aller Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall der westdeutschen Stahlwerke einzuberufen, auf der über gemeinsame Aktionen der Belegschaften gegen die Arbeitsplatzvernichtung beraten werden soll.

Der Text der Resolution lautet folgendermaßen:

„Wir, die IG-Metall-Vertrauensleute der Klöckner Werke AG, Hütte Bremen, fordern den Vorstand unserer Organisation auf, umgehend eine bundesweite Stahlkonferenz einzuberufen.“

Die Vernichtung von Arbeitsplätzen in der Eisen- und Stahlindustrie hat inzwischen

ein ungeheures Ausmaß erreicht. Es darf nicht sein, daß das Schicksal ganzer Belegschaften, ja sogar die Existenz ganzer Regionen, in den Vorstandsetagen der Stahlkonzerne entschieden wird.

Gegenwärtig droht die Zerstörung der Stahlarbeitersolidarität durch den Versuch der Unternehmer, die Belegschaften vor den Karren ihrer Krisen-Politik zu spannen und gegeneinander auszuspielen.

Wir halten es daher für dringend nötig, daß möglichst alle IG-Metall-Betriebsräte und Vertrauensleute der Eisen- und Stahlindustrie die Probleme gemeinsam diskutieren und von einer Stahlkonferenz aus ein einheitliches Konzept für bundesweite gewerkschaftliche Aktionen entwickeln.“

Kroschu-Frauen Witten

Kampf gegen Lohngruppe 2 erfolgreich!

Die folgende Korrespondenz schildert einen Erfolg im Kampf gegen die „Leichtlohngruppen“. Immer aktiver werden Kolleginnen und Kollegen gegen die Schlechterbezahlung der Frauen bei gleicher Arbeitsleistung wie die Männer, wobei es oft den Widerstand der Gewerkschaftsführung zu überwinden gilt. Gerade im Metallbereich fällt die Forderung nach Abschaffung der Lohngruppe 2 in den Tarifrunden immer wieder unter den Tisch.

In diesem Zusammenhang sei an einen anderen wichtigen Prozeßtermin erinnert. Am Mittwoch, den 9. September, klagen 29 Frauen der Firma Foto-Heinze aus Gelsenkirchen vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel für ihre Gleichstellung mit den männlichen Kollegen. Konkret geht es hier um die Zahlung gleicher übertariflicher Zulagen. Dieser Kampf hat bundesweites Aufsehen hervorgerufen, und sein Ausgang wird Signalwirkung haben. Groß ist die Solidarität. Am 4. Juli überreichte die IG DruPa den Heinze-Frauen 45000 Unterstützungsunterschriften aus dem gesamten Bundesgebiet. Es liegt im Interesse der gesamten Arbeiterklasse, den Wegfall der „Leichtlohngruppen“ zu erzwingen, denn das eint und stärkt sie für den gemeinsamen Kampf gegen die Ausbeutung.

WITTEN (Arbeiterkorrespondenz). — Da die Gewerkschaftsführung in jeder Tarifrunde trotz massiven Protestes der Basis die Forderung „Weg mit der Lohngruppe 2“ unter den Tisch fallen läßt, versuchen die IG-Metaller, vor allem die Frauen, betriebliche Formen des Kampfes gegen die Lohngruppe 2 zu finden. Vor allem in den typischen Frauenbetrieben rührt sich was. So in dem Witterer Frauenbetrieb Kromberg und Schubert. In der diesjährigen Tarifrunde waren die Frauen dort an vorderster Front bei den Warnstreiks. Sie organisierten einen wirkungsvollen Streik, wo

sich keine Kollegin ausgeschlossen hat. Auf Transparenten und in Rufparolen forderten sie den Wegfall der Lohngruppe 2. Eine vorbereitete Demo zum Rathaus scheiterte nicht an der Kampfbereitschaft der Frauen, sondern nur am Wetter.

In der Tarifrunde aktiv, führen diese Frauen aber schon seit November '79 betrieblich, in einem wichtigen Bereich, den Kampf gegen die Lohngruppe 2. Im Einverständnis mit den betroffenen Frauen am Fließband (Kabelmontage) widersprach der Betriebsrat bei einer Neueinstellung der Eingruppierung in die Lohngruppe 2. Gemeinsam mit vier Frauen gingen die Betriebsräte vor das Arbeitsgericht (AG) Bochum. Ihre Argumente: Die Arbeit am Band ist keine „leichte“ Arbeit, sondern stehend, ständig am Montieren, unter hoher Lärmbelastung, mit nur zwei zusätzlichen Erholungspausen, ist die Arbeit eine ausgesprochen schwere.

Das AG folgte der Argumentation der Frauen, zumal der Gutachter Hettinger sich mehrfach widersprochen hatte (und hauptsächlich die Arbeit auch als „leicht“ charakterisierte). — In erster Instanz war der Prozeß also gewonnen und der Jubel groß.

In zweiter Instanz vor dem Landesarbeitsgericht (LAG) in Hamm errangen die Kroschu-Frauen nun in der letzten Woche den endgültigen Sieg. Über Witten hinaus war die Sache populär geworden, die Kolleginnen

erhielten zahlreiche Solidaritätsadressen. Aus drei Witterer Frauen-Betrieben waren Vertreterinnen, Betriebsrätinnen und Vertrauensfrauen gekommen, und eine entsprechende Stimmung herrschte vor. Das Gericht lehnte den Antrag der Unternehmer, einen neuen Gutachter zu hören, ab, und von den Frauen wurde auch noch einmal zurückgewiesen, daß der Arbeitsprozeß durch häufiges Materialbeschaffen für die einzelnen Arbeiterinnen aufgelockert würde. Schließlich verkündete das Gericht das Urteil zugunsten der Kroschu-Frauen.

Die Begeisterung im Betrieb ist groß, und prompt wollen die Kolleginnen der Schneiderei und Prüferlei ebenfalls gegen die Lohngruppe 2 klagen. Wie empfindlich es die Kapitalisten trifft, wenn sie in Sachen Leichtlohngruppen eine Niederlage einstecken müssen, zeigte den Frauen das Gezeter und Gejammer der Kroschu-Kapitalisten auf der Betriebsversammlung in der letzten Woche. Sie gebärden sich so, als ob sie durch den Sieg der Frauen nicht mehr wettbewerbsfähig seien.

Außerdem wollen sie, obwohl nach dem LAG ein weiterer Rechtsweg ausgeschlossen ist, die ganze Sache dadurch verzögern, daß sie beim BAG in Kassel Beschwerde einlegen, dagegen, daß ihnen weitere Rechtsmittel versagt sind. Nun ja, die Frauen sind optimistisch und rechnen damit, daß sie endlich Anfang des nächsten Jahres das Geld auf der Hand haben werden.

Ein guter Erfolg, der weitere Kreise ziehen und Mut machen wird, verstärkt gegen die LG 2 vorzugehen. Ganz entscheidend für die Masse der Arbeiterinnen wird jedoch sein, daß die Lohngruppe 2 für alle im tariflichen Kampf fallen wird — muß!

Veranstaltung der IG DruPa

Klares „Nein“ zum „Nachrüstungs“-Beschluß

DÜSSELDORF (Arbeiterkorrespondenz). — Am 9. Juli 1981 fand in Düsseldorf eine Podiumsdiskussion zum Thema „Muß die NATO nachrüsten?“ statt. Auf dem Podium saßen der als Gegner des „Nachrüstungs“-Beschlusses bekannte SPD-Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hansen, Detlef Henschke vom Hauptvorstand der IG DruPa, der Superintendent a.D. der evangelischen Kirche und Generalmajor Walter Windich, Befehlshaber im Wehrbereich 3.

stungs“-Wahnsinn nicht mehr mitmacht. Er machte unmißverständlich klar, daß die neuen Raketen keine größere Sicherheit bringen, sondern daß sie uns zur Geißel der USA machen. Auch ein Austritt aus der NATO sei für ihn nicht undenkbar. Genauso klar sei es für ihn, daß man zur Verhinderung der neuen Raketen auch an einen Generalstreik denken muß.

Detlef Henschke knüpfte hier an und erklärte, daß die Gewerkschaft an die Spitze der Friedensbewegung marschieren

Verhandeln habe. Das Interesse der USA sei es vielmehr, die Verbündeten wirtschaftlich zu schwächen und zu erpressen, unter anderem mit erhöhten Verteidigungslasten. Da der Osten ein Übergewicht an B- und C-Waffen besitze, werde die NATO in absehbarer Zeit auf diesem Gebiet eine Nachrüstung fordern, erklärte Hansen. Da jede militärische Aufrüstung eine soziale Abrüstung bedeute, müsse der NATO-Raketenbeschluß verhindert werden.

Die Beifallsbekundungen



Gewerkschaftsforderungen auf einer Friedensdemonstration

Kurz nach 18 Uhr war der Saal bereits überfüllt. General Windich eröffnete die Diskussion, indem er versuchte, die NATO-Strategie der „flexiblen Reaktion“ an den Mann zu bringen. Seine Auslassungen über die „Nachrüstung“ wurden allerdings nur von einigen anwesenden Offizieren und CDU-Mitgliedern begrüßt.

Wesentlich mehr Beifall erhielt dagegen der ehemalige Superintendent der evangelischen Kirche, der feststellte, daß die Aktionen auf dem Hamburger Kirchentag gezeigt hätten, daß die Jugend den „Nachrü-

stungs“-Wahnsinn nicht mehr mitmacht. Er machte klar, daß die Beschlüsse der Führungen von ÖTV und Postgewerkschaft für falsch hält. Wörtlich sagte er: „Die Gewerkschaften haben darüber nachzudenken, auf welcher Seite sie stehen!“ Er sprach sich für ein klares „Nein“ zum „Nachrüstungs“-Beschluß aus.

Karl Heinz Hansen erklärte, daß der sogenannte Nachrüstungs-Beschluß nichts anderes sei als ein Aufrüstungsbeschluß. Hansen stellte auch fest, daß die USA aufgrund ihres technologischen Vorsprungs von fünf bis sieben Jahren kein Interesse am

und Redebeiträge machten klar, daß der weitaus größte Teil der ca. 400 Veranstaltungsteilnehmer sich gegen den „Nachrüstungs“-Beschluß und gegen die Aufrüstung aussprachen. Es muß jetzt verstärkt in den Einzelgewerkschaften gegen den Raketenbeschluß gekämpft werden, damit sich die Gewerkschaft endlich mit aller Macht gegen den NATO-Beschluß einsetzt.

Detlef Henschke stellte am Schluß fest, daß der 1. September dieses Jahres für die Gewerkschaften die gleiche Bedeutung haben muß wie der 1. Mai.

Stoppt den Angriff auf das soziale Netz!

Die Kapitalisten und die Bonner Regierung treten zum Generalangriff auf elementare soziale Rechte des arbeitenden Volkes an. Ob beim Arbeitslosengeld, im Bildungswesen, bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder bei den Renten — überall, wo es um Sozialausgaben geht, wollen die Herren in Bonn und ihre Hintermänner in den Chefetagen von Banken und Konzernen den Hobel ansetzen. Auf diese Weise sollen die Milliardenlöcher gestopft werden, die durch die kapitalistische Wirtschaftskrise und durch die in astronomische Höhen getriebenen Rüstungsausgaben in den Staatshaushalt gerissen werden, soll gleichzeitig das weitere Steigen der Konzernprofite garantiert bleiben. Diejenigen, die weder auf Aktienpakete, noch auf dicke Bankkonten gebettet sind, die zur Erhaltung ihrer Existenz gezwungen sind, Tag für Tag ihre Arbeitskraft zu verkaufen, vor allem aber die sozial Schwächsten, die Arbeitslosen, die Kranken, Erwerbsunfähigen und Körperbehinderten, jene Teile der Jugend, denen der Kapitalismus eine berufliche Perspektive verbaut, die Armen, die ihre Existenz nur durch soziale Unterstützung fristen können — sie und nicht etwa die Reichen sollen es sein, denen alle Lasten der Krise und des Rüstungswahnsinns aufgebürdet werden. In den

vergangenen 20 bis 30 Jahren blieb ein Großteil der werktätigen Bevölkerung in der Bundesrepublik und in Westberlin von unmittelbarer materieller Not, von Elend und Hunger verschont. Nicht zuletzt deshalb, weil die Arbeiterklasse nach dem letzten Weltkrieg den Herrschenden eine Reihe wichtiger sozialer Einrichtungen und Zugeständnisse abtrotzen konnte. Diese Errungenschaften, auch soziales Netz genannt, sollen jetzt beschnitten, verstümmelt, eingeschränkt und teilweise ganz beseitigt werden. Damit die Reichen noch reicher werden können, damit Bonn noch mehr Milliarden für Kriegsvorbereitungen verpulvern kann, damit der westdeutsche Imperialismus in seiner Großmachtpolitik nicht zurückstecken muß. Das ist eine gewaltige Herausforderung, ein Angriff auf das arbeitende Volk, dem sich alle fortschrittlichen Kräfte entgegenstellen müssen, besonders aber die Gewerkschaften. Mit papierernen Protesten, mit Appellen an die politisch Verantwortlichen, ist es da nicht getan. Der DGB, dem nahezu acht Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte als zahlende Mitglieder angehören, kann und muß eine machtvolle Bewegung gegen den Sozialabbau organisieren.

Vorreiter F.J. Strauß

Als im Sommer vergangenen Jahres die wirtschaftliche Konjunktur nach unten ging, sich ein Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums und eine sprunghafte Verschärfung der Wirtschaftskrise für das Jahr 1981 ankündigte, nahm eine in dieser Schärfe und Radikalität bislang noch nicht bekannte Propagandakampagne der herrschenden Klasse für den Abbau aller möglichen Sozialleistungen, sowohl der „öffentlichen Hand“ als auch der Privatwirtschaft, ihren Ausgang. Vorreiter dieser Kampagne war — wie könnte es auch anders sein — Franz Josef Strauß, damals Kanzlerkandidat der CDU/CSU.

Strauß machte die enorm wachsende Staatsverschuldung zu einem Hauptpunkt seines Wahlkampfes, wobei ihm die katholischen Bischöfe mit dem berühmten „Hirtenbrief“ massiv Schützenhilfe leisteten. Natürlich war Strauß viel zu raf-

vergleichbar sei der harten Zeit der ersten Nachkriegsjahre.

Allparteienkoalition für Rüstung und Sozialabbau

Hatte sich Helmut Schmidt vielleicht trotzdem noch nicht klar genug ausgedrückt bezüglich der Frage, wo durchgeforstet werden soll und wer die grausamen Opfer zu bringen habe? Damit da keinerlei Unklarheiten mehr aufkommen konnten, schalteten sich hilfreich unsere amerikanischen Freunde ein: Bonn habe gefälligst die Auf- und Nachrüstung kompromißlos voranzutreiben und die dafür notwendigen Milliarden im Sozialbereich lockerzumachen. So befahl es der neue amerikanische Kriegsminister Weinberger. Und Bonn gehorchte willig.

Also keine Rede davon, daß auch nur ein einziger Tornado abbestellt würde. Im Gegenteil. Helmut Schmidt ist wild entschlossen, den Raketenbeschluß und die Rüstungsprogramme im konventionellen Bereich mit allen Mitteln durchzusetzen, und

beitsbeschaffungsmaßnahmen, Unfallforschung usw.).

„Die notwendigen Grausamkeiten treffen“

Das ist jedoch nur ein kleines Vorspiel gegenüber dem Rundschlag, der im Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt 1982 geführt werden soll. Man muß sich nur die dementsprechenden Kernsätze ansehen, die jetzt Tag für Tag in der Presse zitiert werden. Im Wirtschaftsfeil der „Frankfurter Rundschau“ vom 15. Juni 81 finden sich in einem einzigen Artikel folgende Kostproben:

„Die Vorsitzende des Finanzausschusses des Bundestages, Ingrid Matthäus-Maier (FDP), betonte, die FDP werde den Rotstift ohne Tabu auch bei den Sozialleistungen ansetzen. (...) Entsprechende Pläne der Bundesregierung für Einsparungen auch im Sozialwesen unterstrich SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz. (...) Glotz kündigte die Bereitschaft seiner Partei an, beim Etat 1982 auch

dorff in einem Gespräch mit der FR deutlich, „sonst wird die sozial-liberale Koalition die nächste Wahl mit tödlicher Sicherheit nicht überleben“. Besser sie treffe die notwendigen Grausamkeiten jetzt, als in zwei, drei Jahren kurz vor den Wahlen.“ (FR, 16.7.81)

Wo kommen die 40 Milliarden her?

In welch gewaltigem Ausmaß der Rotstift bei den staatlichen Ausgaben für soziale Leistungen und sozialpolitische Aufgaben wüten soll, läßt sich an dem kürzlich vorgelegten Sondergutachten des Sachverständigenrats („die fünf Weisen“) ausmachen. Dieses Sondergutachten hat in Gewerkschaftskreisen Wogen der Empörung ausgelöst. Hingegen hat es — laut „Süddeutscher Zeitung“ — „bei der Bundesregierung, den politischen Parteien und in der Wirtschaft im allgemeinen ein positives Echo gefunden“.

In diesem Sondergutachten wird vorgeschlagen, das Defizit aller öffentlichen Haushalte in den kommenden vier Jahren, also bis 1985, um 40 Milliarden Mark zu verringern. Diese Verringerung soll in vier Etappen im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung um jährlich jeweils 10 Milliarden Mark erfolgen.

Ausdrücklich wird dabei betont, daß der Abbau des Defizits nicht über Steuererhöhungen, sondern über die „Ausgaben-seite“ erfolgen müsse. Und Zweifel darüber, um welche Art Ausgaben es sich dabei handeln soll, möchten die Herren Sachverständigen gar nicht erst aufkommen lassen. So schreibt die „Süddeutsche Zeitung“ vom 7. Juli 1981:

„Von einem Abbau der Defizite über höhere Steuern und Abgaben hält der Rat ersichtlich nichts. (...) Der Rat plädiert erkennbar für eine Streichung auf der Ausgabenseite, und zwar grundsätzlich überall dort, wo nicht wachstumsfördernde Maßnahmen betroffen sind. Mit Eindämmung von Mißbrauch ist es nach Ansicht des Rates nicht getan. Es heißt dazu: „In hohem Maße müssen auch Ausgaben gekürzt werden, die gewollt und begründet sind. Wo es um echte Eingriffe in Leistungsgesetze geht, kann das Prinzip der sozialen Ausgewogenheit nur schwer eingehalten werden.“

Übersetzen wir diese Aussagen in ein klares Deutsch, so ergibt sich folgendes:

1. Die 40 Milliarden sollen nicht über Steuererhöhungen hereingeholt werden (zumindest nicht über solche, die auch die Unternehmer treffen könnten), sondern durch das Zusammenstreichen von Staatsausgaben. 2. Gestrichen werden soll nur dort, „wo nicht wachstumsfördernde Maßnahmen betroffen

sind“. Das bedeutet, alle Zuwendungen, Subventionen usw. die den großen Konzernen zufließen, sollen unangetastet bleiben.

3. Gestrichen werden soll also im Prinzip nur bei solchen Ausgaben, die sozialen Zwecken dienen, denn „das Prinzip der sozialen Ausgewogenheit kann nur schwer eingehalten werden“.

4. Die Zusammenstreichungen von Sozialausgaben soll in radikaler Weise betrieben werden. Allein mit der Eindämmung des sogenannten „Leistungs-miß-

zialliberale“ Regierung in Bonn — wie die Erfahrung bewiesen hat — die Interessen der Konzernherren, des Finanzkapitals als ihren Leitstern betrachtet?

Tatsache ist doch, daß sich bislang der wirtschaftspolitische Kurs der Bundesregierung in den wichtigen Punkten immer mit den Vorschlägen der „fünf Weisen“ gedeckt hat. Tatsache ist weiter, daß die Regierung, wie auch die Bonner Parteien und die Unternehmerverbände, sich positiv zu dem Sondergutachten geäußert haben. Und liegen nicht all die Verlautbarungen und Reden eines Helmut Schmidt und seines Wirtschaftsministers Lambsdorff schon seit Monaten genau auf der Wellenlänge des jetzt vorgelegten Sondergutachtens?

Gewerkschaften sind gefordert

Es liegt uns fern, zu behaupten, eine andere Politik als die der Haushaltsanierung auf Kosten der Sozialausgaben sei in diesem Bonner Staat grundsätzlich undenkbar und unmöglich. Wir denken gar nicht daran, darauf zu verzichten, von den Herren Schmidt, Genscher, Lambsdorff, Ehrenberg und Co. eine soziale, an den Interessen der Arbeiter und des werktätigen Volkes ausgerichtete Haushaltspolitik zu fordern.

Wir fordern eine Politik, die statt den Armen den Reichen nimmt. Wir fordern, daß statt im Sozialbereich bei den Unternehmenssubventionen der Rotstift angesetzt wird. Wir fordern, daß die Ölmultis und anderen Großkonzerne, die Deutsche Bank und sonstigen Großbanken, zur Kasse gebeten werden. Wir fordern vor allem, daß der sogenannte Verteidigungsetat nicht länger zur heiligen Kuh erklärt, daß die maßlose Erhöhung der Rüstungsausgaben gestoppt und der Militärschuldenhaushalt drastisch zusammengestrichen wird.

Nur muß man sich darüber im Klaren sein, daß eine solche Politik niemals durch fromme Appelle oder papierene Proteste durchgesetzt wird, daß sie nur erzwungen werden kann, indem sich die Arbeiterklasse, das werktätige Volk insgesamt, massiv gegen die geplante soziale Demontage zur Wehr setzt. Nur wenn die Menschen massenweise auf die Barrikaden gehen, wird die Regierung in die notwendige Richtung gezwungen werden können.

Ob der Angriff auf das soziale Netz gestoppt werden kann, hängt daher entscheidend von den Gewerkschaften ab. Der DGB muß der Regierung den Daumen aufs Auge setzen. Acht Millionen DGB-Mitglieder sind eine Macht, der keine Regierung trotzen kann, aber nur dann, wenn sie auch mobilisiert und konsequent in den Kampf geführt werden.



Unternehmerpräsident Esser: „Das gesamte Sozialsystem muß auf den Prüfstand gestellt werden“.

brauchs“ ist es nicht getan. Es müssen in hohem Maße auch Sozialleistungen gestrichen oder gekürzt werden, die „gewollt und begründet sind“. Dabei darf vor „echten Eingriffen in Leistungsgesetze“ nicht zurückgeschreckt werden.

Den Armen nehmen — den Reichen geben

Mit einem Wort: der Sachverständigenrat schlägt vor, die 40 Milliarden Mark ausschließlich durch Sozialabbau einzusparen, nach dem altbekannten Motto jeder kapitalistischen Haushaltpolitik: „Den Armen nehmen, um den Reichen zu geben“.

Nun könnte der Einwand kommen, dies sei lediglich ein Vorschlag des als reaktionär und arbeiterfeindlich bekannten Sachverständigenrates. Eine andere Sache sei es, was die Regierung letztendlich für Entscheidungen fällen wird.



Eine Volksbewegung gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau zu schaffen, ist heute eine wichtige Aufgabe für Gewerkschafter.

finiert, um im Wahlkampf offen den Sozialabbau als Heilmittel in den Vordergrund zu stellen. Zunächst sollte ja das Wahlvolk an die Urnen gehen und die Entscheidung darüber fällen, welche der Bonner Parteien das Staatsschiff weiter lenken sollten.

Kaum war dann die Wahl gelaufen, übernahm der alte und neue Kanzler der SPD, Helmut Schmidt, das Horn, in das im Wahlkampf der Kandidat aus Bayern gestoßen hatte. Nur daß Schmidt nicht nur A (wie Staatsverschuldung) blies, sondern auch genau so laut und ohrenbetäubend B: „Schluß mit dem Anspruchsdenken“, „Durchforstung der Staatsausgaben“, „die Opfer werden grausam sein“, „sozialen Wildwuchs ausmerzen“ usw. Graf Lambsdorff brachte die Sache auf den Begriff als er verkündete, es breche jetzt eine Periode an, die

sei es um den Preis einer schweren Krise der eigenen Partei. „Kanonen statt Butter“ — das ist die Politik, für die der sozialdemokratische Kanzler stehen oder fallen will. Der Qualm des schrillen Parteigezanks im Bundestagswahlkampf hatte sich schnell verzogen und hervorsteigt eine Koalition aller Bonner Parteien für Aufrüstung und Sozialabbau.

Eine kleine Probe aufs große Exempel wurde bereits gegeben. Am 19. Juni 1981 wurde vom Bundestag der Nachtragshaushalt 1980 verabschiedet, der eine Umschichtung öffentlicher Mittel zugunsten des militärischen Sektors und zu Lasten sozialer Verpflichtungen beinhaltet. Von den knapp 1,9 Milliarden Mark kassierte mehr als die Hälfte Kriegsminister Apel: nämlich 960 Millionen Mark. Zum Ausgleich wurden Einsparungen in sozialen Bereichen vorgenommen (Berufsausbildung, Ar-

schmerzhaft Kürzungen in zweistelliger Milliardenhöhe mitzutragen. (...) In einem weiteren Interview bezeichnete der schleswig-holsteinische Regierungschef Gerhard Stoltenberg (CDU) die Entscheidung der Bundesregierung, konkrete Sparvorschläge erst nach dem Wirtschaftsgipfel Ende Juli vorzulegen, als einen „taktischen Schachzug“. Die anstehenden Entscheidungen hätten mit dem Gipfel in Ottawa „überhaupt nichts zu tun“. Die Regierung habe noch vor der Sommerpause „Farbe zu bekennen“.

Was die Frage des „Farbebekennens“ anbelangt, so äußerte sich in dieser Hinsicht kürzlich in der „Frankfurter Rundschau“ Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff:

„Es muß aufhören, daß wir uns an den wirklichen Entscheidungen, die notwendig sind, vorbeidrücken“, machte Lambs-

Wirtschaftskrise und Aufrüstung reißen Milliardenlöcher in den Staatshaushalt — das arbeitende Volk soll die Zeche bezahlen

Rundschlag gegen das soziale Netz

40 Milliarden Mark sind eine gewaltige Summe. Pro Kopf der arbeitenden Bevölkerung (Kinder und Greise eingeschlossen) gerechnet würde das ungefähr 1000 Mark ausmachen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß von Einsparungen im Sozialbereich natürlich nicht jeder Werktätige in gleichem Maße betroffen ist. Die Hauptleidtragenden sind diejenigen Menschen, die in ihrer Existenz weitgehend von öffentlichen Sozialleistungen und Sozialeinrichtungen abhängig sind: Arbeitslose, Rentner, Behinderte, Erwerbsunfähige, ledige Mütter usw. Also die sozial Schwächsten.

Von ihnen sind durch die geplanten Einsparungen Hunderttausende in ihrer nackten Existenz bedroht!

Zu berücksichtigen ist auch, daß die „Grausamkeiten“, von denen Lambsdorff gesprochen hat, nicht auf die Einschränkung staatlich finanzierter Sozialleistungen beschränkt bleibt. Auch Sozialleistungen auf nichtstaatlicher Grundlage, zum Beispiel gesetzlich geregelte Sozialversicherungen der Unternehmer, sollen „zur Disposition gestellt werden“. So wird in letzter Zeit seitens verschiedener Unternehmerverbände zunehmend die Forderung nach dem Abbau der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf den Tisch gebracht.

Hinzu kommt noch, daß mit der Verschärfung der Krise die Unternehmer brutal daran gehen, solche Sozialleistungen einzuschränken, die nicht gesetzlich gesichert oder vorgeschrieben sind, sondern nur auf Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen beruhen. Vor wenigen Wochen hat zum Beispiel der AEG-Konzern mit Zustimmung des Konzern-Betriebsrates die Betriebsrenten um bis zu 60 Prozent gekürzt.

Der Präsident der Bundes-

vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) Otto Esser posaunte laut „Frankfurter Rundschau“ kürzlich, es müsse „das gesamte soziale Sicherungssystem ‚auf den Prüfstand gestellt werden‘. Um dieses Ziel zu erreichen, ‚werden auch echte Eingriffe in Leistungsgesetze nicht zu vermeiden sein, weil der Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte und der Sozialsysteme so groß geworden‘ sei.“ (FR, 16.7.81)

Zu den Leistungsgesetzen gehört auch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Zu den Sozialsystemen zählen auch die nicht gesetzlich und nicht von Staat bzw. der „öffentlichen Hand“ getragenen.

Geplant ist also ein beispiellos brutaler Rundschlag gegen das gesamte Sozialsystem, wobei gegenwärtig in erster Linie Einschränkungen bzw. gar die völlige Streichung bei folgenden Leistungen im Mittelpunkt der „öffentlichen Diskussion“ stehen:

- massive Kürzung des Arbeitslosengeldes
- Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung
- Verschärfung der Zumutbarkeit, Ausweitung der Sperrzeiten für das Arbeitslosengeld von vier auf acht Wochen
- Einschränkung bzw. Abschaffung der vorzeitigen Verrentung von arbeitslosen 59-jährigen
- Besteuerung der Renten
- Einschränkungen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bis hin zu ihrer Abschaffung
- Kürzung des Kindergeldes (z.B. Streichung für das erste Kind)
- Vielfältige Einsparungen und Streichungen im Bildungswesen
- Herabsetzung bzw. Abschaffung des vor zwei Jahren eingeführten bezahlten Mutterschaftsurlaubes

Es ließe sich noch eine Reihe weiterer Punkte hinzufügen. Im Mittelpunkt der Debatte um den Sozialabbau steht dabei gegenwärtig die Arbeitslosenversicherung, vor allem die von den Unternehmerverbänden massiv vertretene Forderung nach einer Kürzung des Arbeitslosengeldes von bisher offiziell 68 Prozent des Nettolohnes auf 60 Prozent.

Milliardenloch in der Arbeitslosenversicherung

Seit sich im letzten Jahr die Wirtschaftskrise verschärft und damit die Zahl der Arbeitslosen wieder sprunghaft erhöht hat, ist auch die infame Hetzpropaganda von einer angeblich großen Zahl Arbeitsunwilliger und vom „Leistungsmissbrauch“ beim Bezug von Arbeitslosengeld immer lauter und hemmungsloser geworden.

Das Motiv dieser Hetze ist durchsichtig: Durch das Anwachsen der Arbeitslosigkeit vergrößert sich das Milliardenloch im Haushalt der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit. Es wird damit gerechnet, daß beim Eintreffen der neuesten düsteren Prognosen, die von einem Anwachsen der Arbeitslosenzahlen im nächsten Jahr auf 1,6 bis 1,7 Millionen ausgehen, das Defizit auf über 12 oder sogar über 13 Milliarden Mark anwächst. Der Staat ist gesetzlich verpflichtet, dieses Defizit zu decken.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein großer Teil der Beitragsgelder gar nicht für Leistungen an Arbeitslose, sondern für oft äußerst fragwürdige Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgegeben werden, von denen häufig nur die Unternehmer profitieren, ohne daß tatsächlich Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten werden.



Massenkundgebung nach dem zweiten Weltkrieg — „Butter statt Kanonen, mehr Lohn“. Diese Losungen sind heute wieder brennend aktuell!

Kürzung des Arbeitslosengeldes?

Die Parole der Unternehmerverbände und der Bonner Politiker heißt: Abwälzen auf die Arbeitslosen! Sie sollen für dieses gigantische Defizit aufkommen, durch Kürzung des Arbeitslosengeldes und den sogenannten Abbau des Leistungsmissbrauchs. Typisch die zynischen Äußerungen des Unternehmerpräsidenten Esser, die im „Handelsblatt“ propagiert werden:

„Deshalb sei schnelles und durchgreifendes Handeln erforderlich, um das Ausgabenvolumen zu begrenzen.“ (...) „Es müsse aber deutlicher als bisher zwischen echter Arbeitslosigkeit und einer durch Ausnutzung von Vorteilen künstlich herbeigeführten und aufrechterhaltenen Arbeitslosigkeit unterschieden werden. Esser: ‚Arbeitslosigkeit darf nicht attraktiver sein als Arbeit.‘“ („Handelsblatt“ 10./11.7.81)

Um die Angriffe auf die Arbeitslosen im Sinne von Esser und Co. vorzubereiten, hat die Bundesregierung eigens eine Kommission eingesetzt (in der auch Vertreter der Unternehmer und des DGB vertreten sind), die nach ihrem Leiter „Bodenbender-Kommission“ genannt wird. Diese Kommission, die dem Bundesarbeitsministerium untersteht, hat einen 37-Punkte-Katalog über den „Leistungsmissbrauch“ und „Lösungsmöglichkeiten“ vorgelegt, der auch als Material für die geplante Neufassung (Novellierung) des Arbeitsförderungsgesetzes dienen soll.

Die gesamte „Sanierungsdebatte“ um die Finanzen der Bundesanstalt für Arbeit zielt also auf brutale Maßnahmen gegen die Arbeitslosen ab, die für die von den Kapitalisten zu verantwortende massive Verschärfung der Massenarbeitslosigkeit jetzt die Zeche bezahlen sollen.

Diese Politik bedeutet nichts anderes, als die Opfer des kapitalistischen Profitsystems auch noch dafür zu bestrafen, daß sie die Opfer sind. Der Geschädigte wird belangt, um dem Schädiger Schadenersatz zu leisten!

Kapitalistische Wolfsmoral

Während die Herren der Konzerne und Banken ihre Milliardenprofite weiterhin steigern, nicht zuletzt indem sie durch beispiellose Rationalisierungs-, Stilllegungs- und Entlassungsfeldzüge das Heer der Arbeitslosen vergrößern, während sich insbesondere die Großaktionäre der Rüstungsindustrie und Energiewirtschaft dumm und dämlich verdienen, während die Regierung ungeheure Finanzmittel für den Rüstungswahnsinn

Graf Lambsdorff — ein Sozialhilfeempfänger?

In der „Frankfurter Rundschau“ vom 16. Juli 1981 lieferte Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff eine ebenso knappe wie überzeugende Begründung dafür, daß bei den Sparmaßnahmen gerade „die unteren Einkommen relativ stärker zur Kasse gebeten werden müssen“. Dies — so der Graf — sei nur die „logische Konsequenz ihrer relativ stärkeren Bevorzugung bei den jetzt nicht mehr voll finanzierbaren So-

zialausgaben“!

Noch irgendwelche Unklarheiten? Es liegt doch auf der Hand, daß es ungerecht wäre, etwa einem Grafen Lambsdorff das Ministergehalt zu kürzen! Dieser Mann hat doch gewiß niemals zu jenen privilegierten Kreisen gezählt, die beispielsweise in den Genuß von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld oder ähnlichen Sozialleistungen kommen! Na also.

verpulvert, sollen die Werktätigen alle Lasten der Wirtschaftskrise und der Aufrüstung tragen.

Dieser kapitalistischen Wolfsmoral huldigt auch „unser“ sogenannter sozialer Rechtsstaat, und auch die „sozial-liberale“ Regierung unter Helmut Schmidt hat sich ihr willig unterworfen. Dementsprechend sieht die Haushalts- und Sozialpolitik aus, die heute in Bonn gemacht wird.

Unsere mühsam errungenen und erkämpften sozialen Rechte sollen Stück für Stück, Schritt für Schritt zunichte gemacht werden. Ausgerechnet in einer Zeit, wo die wirtschaftliche Unsicherheit für die Werktätigen beängstigende, äußerst bedrohliche Formen annimmt, sollen die ohnedies dünnen, unzureichenden sozialen Schutzschilde abmontiert werden: Im Interesse des Profits und der Kriegsvorbereitung.

Die Folge dieser Demontage würde sein, daß Millionen Menschen in materielle Not geraten. Es würde soweit kommen, daß den Arbeitern, kleinen Angestellten, den unbemittelten Werktätigen und ihren Familien, wie in längst überwunden geglaubten Zeiten, wieder das Gespenst der Verelendung, ja sogar des Hungers im Nacken sitzt. Gegen eine solche Perspektive müssen wir uns mit aller Kraft wehren!

Sollen doch die Reichen die Krise bezahlen!

Die KPD vertritt den Standpunkt, daß die Arbeiter und ihre Gewerkschaften dagegen kämpfend kämpfen müssen und können. Sollen doch die Reichen die Krise bezahlen!

Wie das zu bewerkstelligen wäre? Zum Beispiel durch rigorose Besteuerung der Profite der Kapitalisten, wie unsere Partei es auch in ihrem Aktionsprogramm fordert. Warum sollte denn beispielsweise nicht die

Deutsche Bank, die im vergangenen Geschäftsjahr ihr Betriebsergebnis um 28 Prozent steigern und dadurch die höchste Profitsteigerung seit ihrem Bestehen erzielen konnte, rückwärts zur Kasse gebeten werden?

Warum wird nicht den Ölmultis und den Energiekonzernen endlich die Quittung für ihre verbrecherische Preistreibereiorgien präsentiert, mit denen sie das Volk um Zigmilliarden beraubt haben?

Und nicht zuletzt muß die in Bonn nun voll durchgeschlagene Politik „Kanonen statt Butter“ gestoppt werden, auch wegen der bedrohlichen Kriegsgefahr. Schluß mit dem Rüstungswahnsinn! Soll doch das Geld, das für Raketen, Bomben und Tornados verpulvert wird, benutzt werden, um der Staatsverschuldung beizukommen!

Viele Gewerkschafter sehen heute die Notwendigkeit, in dieser Richtung gewerkschaftliche Macht ins Feld zu führen und eine starke Bewegung und Kampffront gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau zu schaffen. Und in der Tat hängt es in entscheidendem Maße von der DGB-Gewerkschaften ab, ob der Rundschlag gegen das soziale Netz durchkommt oder nicht.

Im Unterschied zu einem H.O. Vetter oder Eugen Loderer treten auch manche Spitzenfunktionäre im DGB zumindest in Worten für eine solche dringende notwendige gewerkschaftliche Kampffront ein. So hat Christian Götz, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der HBV-Gewerkschaft, kürzlich erklärt: „Wir brauchen eine Volksbewegung gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau. Bei ihrer inhaltlichen Ausrichtung und Organisation sollten die Gewerkschaften eine wichtige Rolle spielen.“

Es ist jetzt die Sache aller oppositionellen Gewerkschafter, dafür zu kämpfen, daß eine solche Volksbewegung Wirklichkeit wird. Die Zeit dafür ist reif.

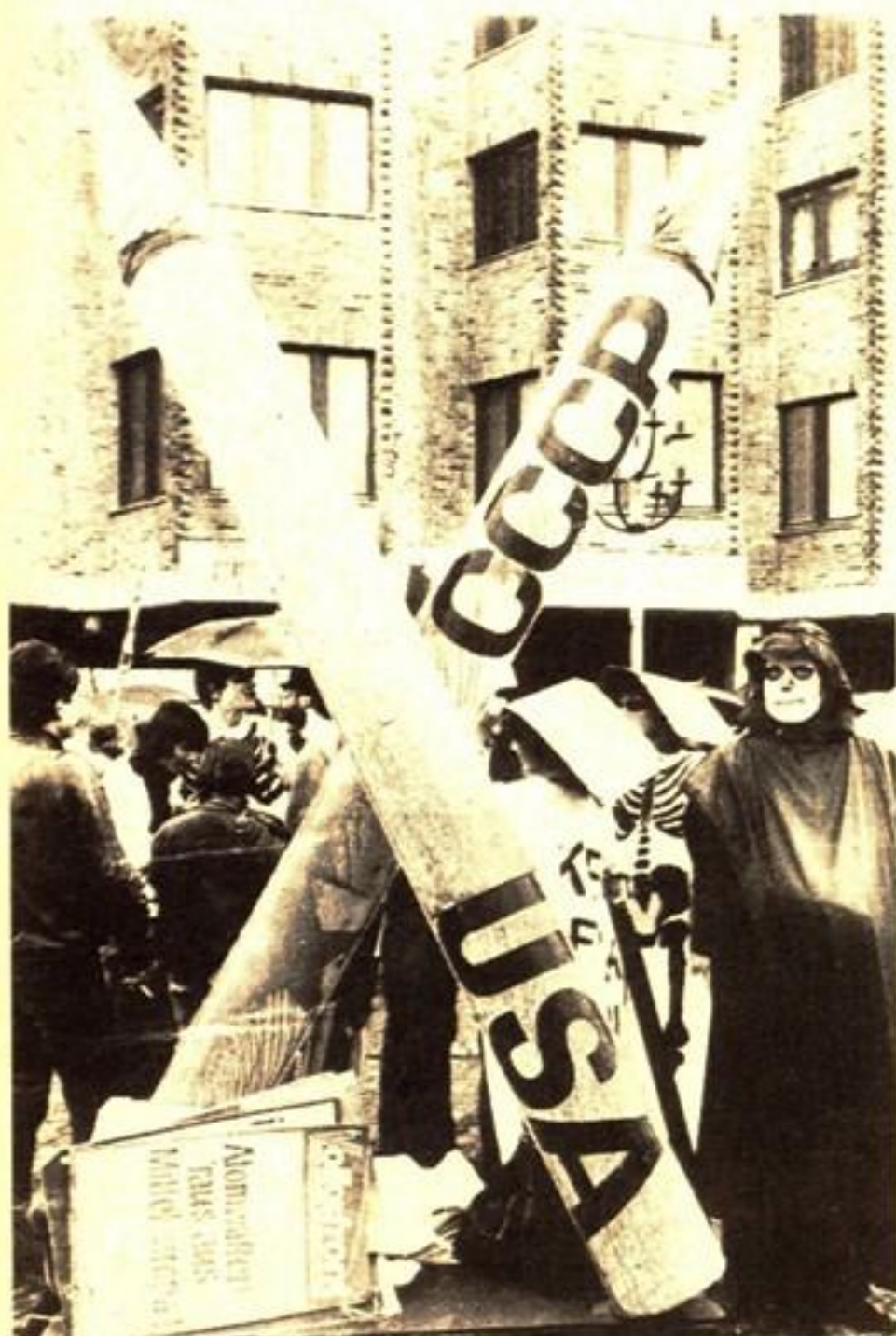
Das Milliarden-Loch wird immer größer

Jahr	Arbeitslose (in Tausend)	Einnahmen	Ausgaben insgesamt	Saldo	Hilfe des Bundes	Vermögen
						(in Milliarden Mark)
1973	273	7,47	6,81	1,40	0,66	5,91
1974	582	7,99	10,35	3,55	— 2,36	3,59
1975	1074	9,23	17,84	7,77	— 8,61	2,33
1976	1060	14,06	15,93	6,91	— 1,87	3,50
1977	1030	15,37	15,08	6,28	0,29	3,90
1978	993	17,76 ¹⁾	17,52 ²⁾	6,27	0,24	4,19
1979	876	17,50	19,74	7,47	— 2,24	1,30 ³⁾
1980	889	19,05	21,67	8,11	— 2,62	0,59
1981 ⁴⁾	1270	19,6	27,6	13,4	— 8,0	0,5
1982 ⁴⁾	1600	20,0	30,7	16,5	— 10,7	0,5

¹⁾ Einschließlich Erstattung des Bundes für Rentenversicherungsbeiträge; ²⁾ 4. Quartal 1978 einschließlich Rentenversicherungsbeiträge; ³⁾ erstmals ohne Grundvermögen; ⁴⁾ nach neuesten Prognosen des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel; die Ansätze für den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit basieren auf dem gegenwärtigen Beitrags- und Leistungsrecht. (Aus: Wirtschaftswoche)

Diese Tabelle aus der Zeitschrift „Wirtschaftswoche“ ist bereits wieder überholt. Nach den neuesten Schätzungen, die durch die inzwischen vorausgesagte Vergrößerung des Arbeitslosenheeres auf 1,6 bis 1,7 Millionen im kommenden Jahr bedingt sind, droht das Defizit in der Arbeitslosenversicherung auf 12 bis 13 Milliarden Mark anzuwachsen.

Zur Friedensdemonstration am 10. Oktober



Friedensdemonstration in Mönchengladbach

Der hier abgedruckte Aufruf zur Massendemonstration in Bonn ist auf breite Resonanz gestoßen. Über hundert Initiativen und Organisationen haben ihn bislang unterzeichnet, darunter auch die KPD, die KJD und die Kommunistischen Studenten.

Wir sind der Meinung, daß dieser Aufruf insgesamt eine gute Grundlage bildet, um die gesamte westdeutsche Friedensbewegung in einer machtvollen Demonstration zu vereinen, einer Demonstration, von der man durchaus erwarten kann, daß sie die größte politische Kundgebung seit Jahren in der Bundesrepublik sein wird.

Aber auch über den unmittelbaren Anlaß — die Bonner Friedensdemonstration — hinaus kann der Aufruf eine positive Rolle für die weitere Entwicklung der Friedensbewegung spielen. Diese positive Rolle sehen wir vor allem in zwei Punkten.

Der Aufruf wendet sich gegen alle neuen Atomwaffen in Europa, also sowohl im Westen als auch im Osten, und hebt sich damit von solchen Positionen ab, die das Bestehen eines aggressiven sowjetischen Atomwaffenpotentials ausklammern oder gar als defensiv verteidigen. Auf die Schädlichkeit solcher Positionen haben wir im

RM wiederholt hingewiesen: Sie laufen letzten Endes darauf hinaus, der Friedensbewegung die imperialistische sowjetische Supermacht als Stütze oder sogar Verbündeten im Friedenskampf zu unterschieben.

Der zweite positive Punkt an dem Aufruf zur Bonner Demonstration ist die Tatsache, daß er die inzwischen weit verbreitete Forderung nach der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa aufgenommen hat. Wir sehen im Kampf für diese Forderung eine reale Möglichkeit, der wachsenden Kriegsgefahr entgegenzuwirken, die militärischen Positionen der beiden Supermächte in Europa zu schwächen, was nicht zuletzt auch die Durchsetzung weitergehender Kampfziele in unserem Land — NATO-Austritt, Neutralisierung — erleichtern wird.

Somit ist der Aufruf auch geeignet, der Friedensbewegung über die Abwehr der NATO-„Nachrüstung“ hinaus weitere Kampfperspektiven zu eröffnen. (Wobei natürlich auch hier — was absolut richtig und notwendig ist — die Forderung nach der Kündigung des Raketenbeschlusses im Vordergrund steht.)

Bei der Unterzeichnung des Aufrufs haben wir einige Bedenken zurückgestellt. Sie be-

Aufruf zur Demonstration und Kundgebung am 10.10.1981 in Bonn

Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen — für Abrüstung und Entspannung in Europa

Die 80er Jahre werden mehr und mehr zum gefährlichsten Jahrzehnt in der Geschichte der Menschheit. Ein dritter Weltkrieg wird aufgrund der weltweiten Aufrüstung immer wahrscheinlicher. Seit mehr als 30 Jahren haben die Militärböcke der NATO und des Warschauer Paktes so viele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden kann. Wir in Europa sind durch die Stationierung neuer Atomwaffen in besonderem Maße bedroht.

Deshalb rufen Friedensorganisationen aus den Niederlanden, der Bundesrepublik Deutschland und anderen europäischen Ländern zu einer Demonstration und Kundgebung am 10. Oktober 1981 in Bonn auf.

— Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen in Europa.

— Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atomwaffen in West- und Osteuropa geöffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.

— Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden. Dies gilt auch für andere Massenvernichtungswaffen.

— Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen.

Wir sind alle aufgerufen, uns mit Mut, Kraft, Phantasie und langem Atem gegen einen drohenden Atomkrieg zu wehren und Alternativen zur gegenwärtigen Militärpolitik zu entwickeln.

Der Plan und der Aufruf entstanden in Kooperation von niederländischen und deutschen Friedensorganisationen. Veranstalter auf deutscher Seite sind die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden.

Die DKP und der Russel-Aufruf

Wer will die Friedensbewegung fehlleiten?

Im letzten RM haben wir zum Aufruf der Russel-Foundation „Für ein atomwaffenfreies Europa“ Stellung genommen. In diesem Artikel wollen wir auf die Haltung der DKP dazu eingehen. Denn die DKP hat die Polemik gegen diesen Aufruf aufgenommen. Die „UZ“ verbreitete im Juni Auszüge aus einem Artikel der „Roten Blätter“ (Studentenmagazin) Nr. 7/8 '81, der offensichtlich als grundlegend angesehen wird. Diese Polemik steht allerdings auf arg schwachen Füßen.

Einer der Kernpunkte der Kritik, die die DKP an dem Aufruf übt, ist selbstverständlich die Tatsache, daß die UdSSR als aggressive Supermacht behandelt wird. Sie beklagt, daß die „programmatische Grundlage des Aufrufs ... wenn nicht direkt von der ‚Bedrohung durch die Sowjetunion‘, so zumindest von der Supermachttheorie ausgeht.“ Die DKP versucht den Eindruck zu erwecken, als würde damit zumindest davon abgelenkt, daß es die konkrete, für die westdeutsche Friedensbewegung grundlegende Forderung heute ist, die Stationierung der neuen US-Raketen und Marschflugkörper in Westdeutschland zu verhindern. Das aber stimmt nicht, wie aus dem Aufruf selbst hervorgeht.

Und man wird unter den Unterstützern dieses Aufrufs kaum einen finden, der nicht bereit wäre, zuallererst gegen die Verwirklichung der Stationierungspläne zu kämpfen. Das wäre ja auch unsinnig, bedeutet doch diese Stationierung der „Erstschlag-Raketen“ eine dramatische Zuspitzung der Gefahr eines Kriegsausbruches. Nur: glücklicherweise gibt sich nicht jeder damit zufrieden. Und vor allen Dingen: Viele Menschen sehen, wenn sie sich um den Frieden, um ihre Zukunft Gedanken machen, eben nicht allein die USA-Strategie als Bedrohung an, wenn das auch die konkreteste ist. Sie sehen auch ganz richtig, daß die SS 20 und die anderen russischen Raketen

schließlich auch direkt auf ihren Lebensraum gerichtet sind, und man kann sie nur darin unterstützen, daß sie von dem von der DKP verbreiteten Schwindel von der Friedfertigkeit der heutigen Kreml-Führung nicht zu überzeugen sind.

Somit können die Forderung gegen die Nachrüstung und die weitergehende nach der atomwaffenfreien Zone gut miteinander verbunden werden.

Prinzipiell, so die „Roten Blätter“, sei gegen die Forderung nach der atomwaffenfreien Zone, auch in der Ausdehnung, wie sie in der Losung „... von Polen bis Portugal“ zum Ausdruck kommt, nichts einzuwenden. Aber einen konsequenten Kampf darum versucht die DKP zu sabotieren.

Die DKP hat überhaupt gemerkt, daß sie sich durch die strikte Ablehnung bestimmter Lösungen zu schnell in die Enge treiben läßt. Sie gibt sich deshalb jetzt bereits einen flexibleren Anstrich. So hat sie offiziell auch nichts mehr gegen die Forderung für „Abrüstung in Ost und West“, die sie bei vielen Aktionen nach Möglichkeit heraushalten wollte, auch wenn andere Kräfte daran beteiligt waren. Man höre die „Roten Blätter“: „Natürlich sind wir alle für die ‚Abrüstung in Ost und West‘...“.

„Natürlich!“ „Wir alle!“ Schön war's. Der Haken kommt gleich im folgenden Halbsatz: „...dabei können wir uns zumindest auch auf die Regie-

rungen des ‚Ostens‘ und die Stärke der westeuropäischen Friedensbewegung stützen.“

Etwas weiter hinten ist von dem „berechtigten Anliegen, eine engere Kooperation der Friedenskräfte in Europa zu fördern“, die Rede, und es heißt: „... wer wirklich diese Kooperation will, der wird damit rechnen müssen, daß Friedenspolitik in den sozialistischen Ländern ‚Staatsdoktrin‘ ist, daß schwerlich ‚Oppositionelle‘ aufzutreiben sein werden, die gegen diese ‚Doktrin‘ und gleichzeitig wirksam gegen die NATO-Pläne auftreten.“

Und wer durchschaut hat, daß die Staatsdoktrin der Ostblockländer die „Friedenspolitik“ nur als Fassade gebraucht, wer durch die Löcher zu schauen versteht, die diese Fassade mit jeder neuen Aggression des Sozialimperialismus der UdSSR erhält, mit dem soll es nach dem Willen der Revisionisten eben eine Kooperation nicht geben. Das verstehen die DKP-Verantwortlichen bei Aktionseinheitsgesprächen in Westdeutschland durchaus wörtlich, wobei auch sie taktieren, wenn sie merken, daß sie an einem Ort in einer schwächeren Position sind.

Die DKP verdreht absolut die Tatsachen, wenn sie glauben machen will, in den Ländern des Ostblocks gäbe es an Opposition nur die bürgerlichen Dissidenten, denen es um persönliche Vorteile geht, die oft Arbeiterfeinde sind und denen Ronald Reagans Politik der Ausbeutung und Unterdrückung in den USA als das Musterbeispiel westlicher Freiheiten gilt. Nein, so einfach ist es nicht. Es gibt, wie jeder DKP-Führer sehr gut weiß, Mißstimmung und verschiedene Formen der Opposition und des Widerstands gegen

die Regime vor allem innerhalb der Arbeiterklasse. Auch gegen die verschiedenen Aggressionsakte der UdSSR und der von ihr dazu herangezogenen Armeen der anderen Länder. Und es gibt zum Beispiel in der DDR auch eine Arbeiterpartei, die sich die Organisierung und Ausrichtung dieses Widerstandes zum Ziel gesetzt hat und zielstrebig dafür arbeitet: Die Sektion DDR unserer Partei, der KPD.

Im übrigen wird das Geschimpfe der DKP über den Russel-Aufruf wie immer verbunden mit einer Orientierung der Friedensbewegung, die nun wirklich in die totale Sackgasse führt: Der Orientierung auf die Verhandlungen zwischen den Supermächten. Sie möchten „das bisherige Konzept der Kriegsverhinderung in Europa“, das diese Verhandlungen ja nun wahrlich nicht darstellen, „fortsetzen“. Und wenn man dann noch weiß, daß die DKP tatsächlich entschieden gegen einen NATO-Austritt der Bundesrepublik Propaganda macht, weiß man auch, wo die wirklichen Schädiger einer breiten und zielklaren Friedensbewegung sitzen.

Unsere Partei tritt entschieden für die Verhinderung der NATO-„Nachrüstung“ ein. Und wir suchen dabei die Zusammenarbeit mit allen, auch der DKP. Die Erfahrung lehrt uns — und andere —, daß zu ihrer Verwirklichung oft ein gehöriger Druck gehört. Gleichzeitig propagieren wir geduldig, aber hartnäckig und engagiert die Forderungen unseres Friedensplans, deren Angelpunkt die Neutralisierung der BRD ist. Eine Massenbewegung nicht allein gegen neue Atomraketen; eine Massenbewegung gegen die NATO-Mitgliedschaft ist unser Ziel.

treffen die Formulierung über die anzustrebende Fortsetzung des Entspannungsprozesses. Dabei bedeuten diese Bedenken natürlich nicht, daß wir etwa von einer wirklichen Entspannung zwischen den Supermächten und ihren Militärböcken nichts wissen wollten. Im Gegenteil. Unsere Forderungen nach dem Abzug der Besatzertruppen, dem NATO-Austritt und der Neutralität für die BRD zielen ja gerade darauf ab, Spannungsherde abzubauen, die Militärböcke auseinanderzurücken und somit die Gefahr eines militärischen Zusammenpralls der beiden Supermächte in Mitteleuropa zu mindern.

Die genannte Formulierung jedoch bezieht sich auf den sogenannten Entspannungsprozeß des letzten Jahrzehnts. Und da stellen nicht nur wir die Frage: Hat es diesen Prozeß denn tatsächlich gegeben? Was sind seine Ergebnisse? Jede realistische und illusionsfreie Beantwortung dieser Frage muß zu dem Schluß kommen: Das „Entspannungsjahrzehnt“, dessen politischer Inhalt die SALT-Verhandlungen zwischen den Supermächten waren, hat weder zu einem Abbau der Konfrontation noch zu irgendwelchen Abrüstungsschritten — und seien sie auch noch so begrenzt — geführt. Es hat vielmehr den gigantischsten Rüstungswettlauf in der Geschichte der Mensch-

heit mit sich gebracht und an seinem Ende steht die ganz reale Gefahr eines Atomkriegs zwischen den Supermächten.

Von daher wäre es eine gefährliche Illusion, sich reale Abrüstungsschritte von einer Neuaufgabe dieser „Entspannungspolitik“ zu erhoffen. Solche Schritte werden sich nur durch Massenaktionen und den dadurch erzeugten Druck auf die Regierungen durchsetzen lassen.

Wenn wir trotz der hier angesprochenen Bedenken den Aufruf unterzeichnet haben, dann bedeutet das natürlich auch, daß die KPD mit aller Kraft für die Demonstration am 10. Oktober mobilisieren wird. Mit allen aktiven Kriegsgegnern in diesem Land verbindet uns der Wunsch, die Herren in Bonn an diesem Tag mit einer Kundgebung zu konfrontieren, in der sich die stetig angewachsene Stärke der Friedensbewegung widerspiegelt.

Unsere Leser, die in anderen Organisationen, Initiativen und Gruppen aktiv sind, fordern wir auf, dort auf eine Unterzeichnung des Aufrufs und eine Teilnahme an der Bonner Demonstration hinzuwirken. Die Unterlagen dazu können entweder bei der KPD-Zentrale bezogen werden oder bei der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1.

Neuerscheinung!



Bestellungen an:
Verlag Roter Morgen,
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

Verbot aller neofaschistischen Organisationen! (II)

NPD — Legale faschistische Partei

Ausgehend von den nunmehr auch amtlichen Feststellungen über die verbrecherischen Gewalttaten des Wehrsportgruppenchefs Hoffmann und der sich häufenden Beweise für seine Beteiligung an Vorbereitung und Durchführung des Oktoberfest-Attentats hatten wir im letzten „Roten Morgen“ die Kriminalität der bewaffneten Nazi-Banden, ihren engen Zusammenhang und ihre Ermütigung durch den Staatsapparat dargestellt. In diesem Artikel soll die Aufmerksamkeit vor allem auf die legale faschistische Partei, die NPD, gelenkt werden.

Wir wollen aber kurz vorher noch einmal auf unsere Forderung zurückkommen, die kriminellen Terror-Organisationen auch als kriminelle Vereinigungen zu behandeln, sie zu verbieten und alle bekannten Mitglieder hinter Gitter zu bringen.

Eine der zuletzt bekannt gewordenen Vorbereitungen auf Anschläge und Attentate war die der Dortmunder Albrecht-Bande, die ein großes Sprengstofflager angelegt hatte. In Kleve standen Mitglieder der Bande vor Gericht. Zu leugnen gab es nichts. Und nun hören man sich die Absichten des Staates aus dem Munde seines Prozessvertreters an: Der Staatsanwalt plädierte gegen Joachim Groning wegen dreier PKW-Diebstähle, eines bewaffneten

„Linken“ ausgeschlachtet. Hier haben wir sozusagen eine amtliche Wertung dessen, was der Staat für Selbstaufgabe hält und wodurch er sich auf der anderen Seite keineswegs gefährdet sieht.

Wenden wir uns nun der NPD zu.

NPD und Nazi-Terror

Zuerst einmal bietet es sich an, auf die bestehenden Verbindungen zwischen den bewaffneten Banden und der NPD einzugehen. Das kann man in diesem Rahmen natürlich nur an Beispielen, aber das reicht schon aus. Grönig von der Albrecht-Bande zum Beispiel war noch bis 1979 NRW-Landesvorsit-

festgestellt werden:

Zum einen durchlaufen sehr viele Mitglieder der militanten Banden die NPD. Sie werden dort ideologisch geschult und verlassen sie oft durchaus in aller Freundschaft in Richtung des offenen faschistischen Terrorismus. Somit fungiert die NPD als eine Art „Durchlaufrührer“ für den terroristischen Nachwuchs.

Zum anderen bauen NPD-Mitglieder auch selbst immer offener gewalttätige Banden auf. Als Beispiel genannt sei die Harting-Bande in Kamen, deren Ausbildungslager das Gut Bärenbräcker des NPD-Bezirksbeauftragten und Kamener Landwirtes Karl-Heinz Harting ist.

NPD-Verbot erkämpfen!

Die Gewalttätigkeit der terroristischen Banden nimmt zu, ihre Aktionen häufen sich. Die Radikalisierung der NPD nimmt zu. Der Wähleranhang und oft auch der Mitgliederbestand der NPD stagniert oder sinkt. Dennoch bildet der politische

rechtigte Alternative anerkannt.

Mit einem Verbot der NPD, dem auch entsprechende Maßnahmen zu folgen hätten, würde allen Neonazis diese gewichtige Unterstützung genommen und den demokratischen Kräften im Kampf gegen Faschistenauftritte wesentlich mehr Möglichkeiten an die Hand gegeben.

Die Durchsetzung des NPD-Verbots ist somit eine wichtige Forderung des antifaschistisch-demokratischen Kampfes. Sie ist allerdings nur durchsetzbar, wenn sie dauerhaft und massiv von breiten Teilen der Bevölkerung erhoben und wenn dieser Forderung durch wirksame politische Aktionen Nachdruck verliehen wird.

Das Interesse des Staates

Denn der Staat hat ein Interesse am Bestehen der NPD. Wie sich die Neonazis in das politische Spiel des Staates einreihen, haben wir im letzten „Roten Morgen“ bereits dargestellt. In Zeiten der Krise, wenn sich die Widersprüche in allen Bereichen der Gesellschaft zuspitzen, nehmen die Neonazis eine besondere Rolle ein, auch wenn das Finanzkapital heute keineswegs in erster Linie auf die Neonazis setzt, wenn es sich darauf vorbereitet, seine Herrschaft der Ausbeutung über die Werktätigen wieder mit offen terroristischen Methoden — mit der Errichtung des Faschismus — zu sichern. Deutlich wird das Interesse des Staates an der NPD schon daran, daß er die Existenz dieser faschistischen Partei im Moment aus unseren Steuergeldern finanziert.

Erst vor kurzem wurde eine weitere Stundung von Bundes-schulden der NPD vereinbart. Ungefähr 760 000 DM sind von der NPD an zuviel erhaltener Wahlkampfkostenersatz zurückzuzahlen. Seit Jahren stellt sich diese Summe als zinsloser Kredit für die Faschisten dar, der in minimalen Raten zurückzuzahlen ist. In den Bundesländern ist es ähnlich. In Schleswig-Holstein etwa standen Ende 1980 noch ungefähr 78 000 DM Rückzahlung aus — der Rest einer ebensolchen zinsfreien Kreditschuld, die hier bereits seit 1971 besteht! Die Höhe der Monatsraten: 500 Mark...

Das ist ein riesiger Skandal. Der politische Charakter dieses Kredits liegt auf der Hand. Oder könnte sich irgend jemand vorstellen, der Staat würde zum Beispiel der VOLKSFRONT, die sich an der letzten Bundestagswahl beteiligte, auch nur eine Mark schenken, wenn sie in eine solche Situation käme?

Es ist dieser Staat, der angeblich so sparen muß, daß die sozialen Errungenschaften der Werktätigen drastisch beschnitten werden müssen, der nicht nur Geld für die Aufrüstung hat, sondern auch die Nazi-Partei finanziert, sie vor dem Konkurs rettet. Nur dadurch war die NPD im letzten Wahlkampf in der Lage, unter anderem ihre massive Ausländerhetze zu entfalten.

Hier liegt der politische Nutzen für das westdeutsche Kapital auf der Hand. Der NPD gelang es damit, einen gewissen Prozentsatz der reaktionärsten, chauvinistischen Teile der Bevölkerung zu mobilisieren. Dem Staat, den bürgerlichen Parteien wurde eine nützliche Dreckarbeit abgenommen, sie können sich leichtes Herzens etwas distanzieren, den mobilisierten gesellschaftlichen Bodensatz aber in ihre schmutzigen Rechnungen einplanen.

„Blanker Terror!“. Ein Aufschrei ging durch die Presse, über Radio und Fernsehen unseres Landes. 5000 Menschen hatten in Westberlin die Pfade der üblichen Demonstrationsrouten verlassen und zogen durch die idyllischen Straßen des Grunewaldviertels. Sie sahen sich einmal an, wie die wohnen, denen die Häuser ihrer Stadt gehören, die die Häuser ihrer Stadt verkommen lassen und zerstören, um aus ihrem Privatbesitz an Grund und Boden und Wohnraum noch höhere Profite zu ziehen. Und sie stellten fest:

Sie wohnen nicht schlecht.

Blanker Terror

Sie wurden für die 5000 Demonstranten sichtbar gemacht, die Menschen, die hinter den anonymen Bau- und Spekulantenfürmen stecken. Und das macht diesen Herren Angst. Und wenn sie Angst haben und wütend sind, dann schlagen sie um sich. Besser: Sie lassen um sich schlagen. Das besorgt der Staat, der nicht zuletzt ihr Staat ist, mit seinen Politikern und seiner Polizei. Das besorgen die von ihnen und ihresgleichen ausgehaltenen Presse-berichterstatte.

„Wie die Schlägertrupps von SA und SS“ hätten sich die Demonstranten verhalten. Nicht etwa nur wegen der paar Steinwürfe, die bei dieser Demonstration sicher gar nicht angebracht waren. Sondern allein schon wegen des Namhaftmachens der Spekulanten. „Einen Judenstern“ habe man den armen Großkapitalisten angeheftet, sie „zum Abschluß freigegeben“. Die Hetze kennt keine Grenzen.

Welch eine Hysterie! Die Geldsäcke haben gemerkt, daß man sie eines Tages für ihre Unmenschlichkeit um des Profits willen selbst zur Verantwortung ziehen könnte. Und dabei waren es doch nur 5000, die sich einmal ansahen, wo sie zu erreichen sind. Dabei wollten diese 5000 ihnen doch gar nichts tun.

Wo die Spekulanten sich angeblich an SA und SS erinnert fühlen, muß ich eher an ganz andere Vorkommnisse denken. Ich fühle mich erinnert daran, wie einst die Schlesischen Weber nicht nur vor, sondern in die Häuser der Fabrikanten zogen, die an ihrem Elend schuld waren. Natürlich war das eine ganz andere Situation. Heute sind es noch nicht die Arbeiter, die die zur Verantwortung ziehen, die an ihrer Lage Schuld tragen, die ihre Existenz angreifen, die einen neuen Krieg vorbereiten. Heute noch nicht.

Da fällt mir noch eine andere Geschichte ein, geschrieben von Andor Gabor, einem kommunistischen Schriftsteller aus den 30er Jahren. Über zwei Arbeiterjungen, die sich — auch in Berlin — die Villen der Reichen ansehen und überlegen, was für schöne Arbeitererholungsheime und ähnliches man daraus wohl machen würde, wenn erst die Arbeiter die Macht im Staat haben...

Die Idee, sich mal im Villenviertel umzusehen und seinen Gedanken freien Lauf zu lassen, ist also nicht neu. Und sie ist sicher nicht schlecht.

Im Übrigen: SA und SS sind für das große Kapital marschiert. Ebenso wie die Polizei. Und auch die heutige Polizei marschiert fürs Kapital. Sie marschiert auch für die Spekulanten in Westberlin. Und wie!

Da wird der sofortige Einsatz des Kampfgases CS gefordert. Da wird aufgerufen, die Polizeitruppen durch Einheiten aus westdeutschen Bundesländern zu verstärken. Da werden Überlegungen ins Spiel gebracht, alliierte Besatzungstruppen zum Einsatz zu bringen. Amerikanische GIs reisten bereits zur „Beobachtung der Situation“ in die entsprechenden Stadtviertel!

Blanker Terror herrschte schon oft in den Straßen Berlins, während der letzten Wochen. Blanker Terror soll in Zukunft die Regel sein. Aber dieser Terror geht vom Staate aus! Man vergesse auch nicht, daß der Staat die Gewalt sucht. Provokateure sind bei jeder Demonstration dabei. Es gab sie auch beim Grunewald-Spaziergang.

Der Protest soll unterbunden werden. CDU-Lummer will nicht nur die Polizei aufrüsten. Seine Partei hat bundesweit eine rigorose Einschränkung des Demonstrationsrechts gefordert; er will Demonstrationen in „seiner“ Stadt ganz verbieten lassen. Denn wer im Grunewald mitging, habe eigentlich seine Grundrechte verwirkt. Das äußerte auch ein Sprecher der Polizeigewerkschaft; für ihn ist auch die Alternative Liste, die mit zur Demonstration aufgerufen hatte, bereits eine „kriminelle Vereinigung“.

Hier deutet sich eine weitere Maßnahme an, die man in Westberlin gerne durchführen möchte: Das Parlament zu säubern von allen, die sich nicht in das gewohnte Zusammenspiel aller Parteien einfügen, wenn es um die Verteidigung kapitalistischer Interessen geht. Eine gezielte Hetzkampagne wird gegen die AL-Abgeordneten entfesselt, die sich nicht bereithalten, sich von der Demonstration zu distanzieren, die protztierende Jugend von der Straße zu locken und sie auf die Maßnahmen der Parlamentarier zu verfrachten. Man sollte sich dieses Vorgehen genau ansehen, denn es ist ein weiteres Lehrbeispiel dafür, was die sogenannte parlamentarische Demokratie wirklich wert ist, sobald die Wahlen nicht mehr so verlaufen, wie sich die Herrschenden das vorstellen. Auch im Parlament wird man versuchen, die Gegner mundtot zu machen.

Es gibt also eine ganze Menge zu lernen aus den Ereignissen in Folge des Grunewald-Spaziergangs in Berlin. Sie sind für uns ein Anstoß, dem Ausbau der Polizei zur Bürgerkriegsarmee und der weiteren Beschneidung der demokratischen Rechte noch entschiedener entgegenzutreten.

Dietrich Lohse



Die KPD hat den Kampf für das Verbot der Nazi-Organisationen auf ihre Fahnen geschrieben. Sorgen wir für den notwendigen Druck der gesamten demokratischen Öffentlichkeit, besonders in den Gewerkschaften, um diese Forderung durchzusetzen!

Banküberfalls auf die Volksbankfiliale im Schlachthof Bochum, bei dem 54 000 Mark erbeutet wurden, und wegen Waffenschmuggels auf ganze sechs Jahre Haft, für den Nazi Franz-Karl Kohnert auf nur drei Jahre Haft. Eine Anklage wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung gab es nicht; der Verdacht lag offiziell nicht einmal vor.

Da interessierten auch nicht die eingestandenen Verbindungen zur Hoffmann-Bande, obwohl gegen Hoffmann doch angeblich jetzt endlich unter diesem Gesichtspunkt ermittelt wird. Man vergleiche das mit Urteilen gegen angebliche RAF-Mitglieder, wo Menschen wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nur aufgrund behaupteter geistiger Übereinstimmung verurteilt wurden, oder die jüngsten Fälle der Verurteilungen wegen „Werbung“ für eine solche Vereinigung, weil einige Menschen gegen die Isolationshaft protestiert hatten. Die hier ausgesprochenen Freiheitsstrafen (zum Beispiel eininhalb Jahre für ein Flugblatt) wurden damit begründet, daß sie gerade durch ihre empfindliche Höhe auch die „Aufgabe (haben), zu zeigen, wie der Staat reagieren muß, der sich nicht selbst aufgeben will“. Diese Urteile werden bekanntlich stets gegen alle

zender der Jungen Nationaldemokraten, der NPD-Nachwuchsorganisation. In Baden-Württemberg war das NPD-Mitglied Helmut Dieterle, übriges Lehrer von Beruf, bis zur vereinsrechtlichen Auflösung der WSG Hoffmann deren „Stützpunktchef“. In gemeinschaftlichen Aktionen waren, wie in einigen Prozessen — meist gegen Antifaschisten — aufgedeckt wurde, NPD-Mitglieder mit Angehörigen aller denkbaren anderen, auch militanten, Nazi-Organisationen beteiligt. Das geht bis hin zur NSDAP-Aufbauorganisation. Die NSDAP ist bei uns ja gerade noch verboten; von Ermittlungen und tatsächlichen Strafen gegen bekannte Mitglieder ihrer Organisationen hört man aber nur sehr selten. Und in dem einzigen Prozeß, der bisher mit einer Verurteilung von Neonazis wegen Mitgliedschaft in einer verbotenen Partei endete, war einer der drei mit niedrigen Freiheitsstrafen zwischen 14 Monaten und drei Jahren belegten NSDAP-Führer von Westberlin, Wolfgang Rahl, gleichzeitig Mitglied der NPD.

Die NPD grenzt sich immer wieder mal von den bewaffneten Banden ab. Sie hat auch schon Mitglieder ausgeschlossen, deren unkluges Verhalten nicht in ihr legales Spiel paßte. Dennoch müssen zwei Erscheinungen

Kampf für das Verbot der NPD einen Schwerpunkt des Kampfes gegen den Neofaschismus in der Bundesrepublik.

Die Bedeutung dieses Kampfes wird oft unterschätzt. Auch in den Reihen unserer Partei. Obwohl die NPD und ihre Umtriebe bei allen Genossen erbitterten Haß hervorrufen, wurden bisher gezielte, planmäßige, das gesamte Bundesgebiet und Westberlin umfassende Maßnahmen zur Durchsetzung des NPD-Verbots vernachlässigt, obwohl dies schon immer ein erklärtes Ziel der KPD ist. Das soll sich in Zukunft ändern.

Die NPD ist die legale faschistische Partei in der Bundesrepublik. Allein in ihrer Existenz liegt die zentrale Bedeutung für die gesamte Neonaziszene einschließlich der offen terroristischen Gruppen. Denn damit ist die faschistische Propaganda in ihren schlimmsten Auswüchsen nahezu vollständig unter gesetzlichen Schutz gestellt. (Das Parteiprogramm der NPD und ihre Veröffentlichungen atmen den Geist des NSDAP-Programms und anderer Veröffentlichungen der Hitler-Partei. Oftmals werden ähnliche Formulierungen gebraucht.) Und mit der Existenz der NPD wird der Faschismus auch als legale parlamentarische, im Prinzip regierungsbe-

Drei Tage im Münsterland

Volkskorrespondenz aus Münster

Freitag, 10.7., 15.45 Uhr. Feierabend: Wochenende und Sonnenschein! Schnell durchs Werkstor, raus aus der Tretmühle, ins Auto und ab nach Hause!

Aber nicht mit Flasche Bier vors Pantoffelkino hängen oder fertigmachen zum Kneipenbummel.

Ich lade meinen kleinen Sohn ein und brause gleich weiter. Punkt 16.30 Uhr bin ich an der Mauritiuskirche. Dort soll der Friedensmarsch der skandinavischen Frauen empfangen werden, die von Kopenhagen nach Paris marschieren für eine atomwaffenfreie Zone im Norden und ein atomwaffenfreies Europa von Polen bis Portugal.

Es sind schon etliche Hunderte Münsteraner da — mit Musikinstrumenten, Fahnen, Transparenten: ein buntes Bild. Sowas hat die Welt (in Münster) noch nicht gesehen: 48 Gruppen und Parteien unterschreiben den Aufruf für die Demonstration, vom SPD-Unterbezirk über Grüne, DKP, AStA, KSG bis hin zu KPD und VOLKSFRONT. Noch kurz zuvor hatte sich SPD-MdB Catenhusen gerade darum geschlagen, eine Rede halten zu dürfen, was abgelehnt wurde. Ablehnung auch von anderer Seite: H. Heinemann, Chef des SPD-Bezirks westliches Westfalen, schreibt einen Brandbrief an seine Münsteraner Genossen. Stein des Anstoßes ist für ihn die gemeinsame Unterschrift mit „K-Gruppen“, über den Inhalt des Aufrufs läßt er sich nicht aus. Am Freitagmorgen zieht der Unterbezirk seine Unterschrift zurück. Was viele Sozialdemokraten, vor allem Jusos, nicht hindert, trotzdem mitzumachen.

Vom Lautsprecherwagen eine Durchsage: Der Marsch wird sich um ca. 1 1/2 Stunden verschieben. Die Spannung der An-

wesenden steigt — auch meine. Ich beschließe, mit Sohnmann dem Marsch entgegenzugehen. Ich setze ihn auf die Schultern, und bald sind wir aus der Stadt raus. In einer Gartenkneipe an der Straße rasten wir, und da treffen wir schon drei Mitmarschierer, die mit dem Fahrrad vorgefahren sind. Wir kommen ins Gespräch, und irgendwie springt jetzt ein Funke auf mich über. Sie erzählen mir vom Marsch, von den Leuten dabei, von der guten Stimmung. Schon fahren die ersten Begleitfahr-

wer reihen uns ein. Sie singen im Kanon und in allen Tonlagen „Give peace a chance“. Bald singe ich mit.

Wir kommen in die Stadt, und es werden immer mehr, die uns zuwinken und sich einreihen. Dann, 2 1/2 Stunden später als geplant, nähern wir uns dem Abmarschort der gemeinsamen Friedensdemonstration. Zu beiden Seiten der Ausfallstraße Massen von Leuten mit Transparenten, die gewissermaßen Spalier stehen, rhythmische Klatschen, lauter Jubel. Ohne



Der Friedensmarsch '81 hat Münster erreicht

zeuge vorbei, Busse, Gepäcklastwagen, Ambulanz. Wir stehen am Straßenrand und winken.

Dann die Spitze des Marsches: Zwei der 80 skandinavischen Frauen tragen das Transparent „Friedensmarsch 1981“. Dumpfes Trommeln hallt über die Straße: In der ersten Reihe gehen vier japanische Mönche aus Hiroshima und Nagasaki, die zu ihren kleinen, aber sehr lauten Trommeln einen monotonen Wechselgesang singen. Danach die 80 Frauen, und dann schließen sich die Mitmarschierer an, insgesamt ca. 500. Sie lachen und winken uns zu,



Hier kommt der Friedensmarsch '81 in Bremen an

waren sozusagen mitten im Feindesland in diesem Villenviertel. Und als gegen dieses Haus dann einige Gegenstände flogen, gings plötzlich los: Aus den Reihen der Demonstranten (!) und aus den Polizeiformationen schoß plötzlich Tränengas in die Menschenmenge, alles versuchte zu flüchten, und die Bullen stürmten — wie die Tiere keuchend — auf die Demonstranten los und knüppelten auf uns ein. Einer Genossin mit ihrem zweijährigen Kind und mir gelang es, zu einem Wohnhaus zu laufen und dort zu klinkeln. Ein Mann ließ uns und noch drei Leute rein, damit wir vor dem Tränengas und den Knüttelgarden Schutz hatten. Der Mann und seine Frau gaben uns Wasser und dem Kind einen Apfel und schimpften auf die grünen Horden. Also auch hier, mitten im CDU-Viertel, gab es anständige Leute!



Die Berliner „Spaziergänger“ besuchen die Wohnungsspekulanten im Grundewald

Grünen und begannen zu knüppeln.

Eine Ecke weiter wohnte bereits der nächste Profithai, wir

Es ist ziemlich klar, daß diese ganze Aktion eine gezielte Polizeiprovokation war, mit der die Demo zerstreut werden soll-

Halt geht es weiter als Demonstration, vorbei an der Kaserne des Heerestransportkommandos. Aus Pappe gebastelte Raketen werden vor dem Kasermentor verbrannt. Wir kommen in die Innenstadt, jetzt sind es an die 3000 Leute.

Samstag, 11.7., morgens lese ich in der Zeitung: Nach langem Hin und Her hat der Oberbürgermeister Pierchalla (CDU) doch noch am Freitagabend eine Delegation der Frauen empfangen.

Abends großer Andrang zum Friedensfest in den Räumen der KHG (kath. Hochschulgemeinde). Der Saal ist viel zu klein. Ein Glück, daß es große Rasenflächen gibt. Ich treffe Bekannte, alte Schulkameraden. Im Gespräch stellt sich heraus, daß viele ähnlich beeindruckt sind wie ich. Als mich die drei, die ich am Vortage in der Kneipe getroffen habe, fragen: „Kommst Du morgen auch mit?“ sage ich spontan ja. Als wir später gehen wollen, werden noch Schlafplätze gesucht. Bis spät in die Nacht unterhalten wir uns noch mit dem englischen Friedensfreund, der bei uns schläft.

Sonntag, 12.7., 8.30 Uhr. Abmarsch zur nächsten Etappe nach Coesfeld. 54 Kilometer — eigentlich nicht viel (auf dem Kilometerzähler im Auto). Als es losgeht, schlafen die Münsteraner Bürger noch den Sonntag-

morgenschlaf des Gerechten.

Später werden es mehr, die in den Ortschaften auch aus den Häusern kommen und zu uns zurückwinken. Bauernfamilien kommen 200 bis 300 Meter weit zur Landstraße, um zu sehen, wer wir sind und was wir wollen, um die Flugblätter zu nehmen. Inzwischen zählt der Marsch fast 900 Teilnehmer.

Auf einem Stoppelfeld wird Mittagspause gemacht. Die Friedensinitiative Havixbeck begrüßt den Friedensmarsch mit einer Ansprache. Ein Bauer hat 60 Liter Milch gespendet; dazu gibt's Salat und Quarkbrote. Kein schweres Essen, wir haben noch was vor uns.

Weiter geht's, die Stimmung im Zug wird immer besser, je länger man marschiert. Man singt zusammen, man redet zusammen, erfährt viel übereinander. Ich mit meinem Fahrrad (und Sohnmann im Kindersitz) lerne den Zug jetzt kennen. Da ist zum Beispiel der fast drei Meter hohe Globus auf einem Gestell mit Rollen, der von einer großen Taube überkrönt wird. Er kommt aus Kopenhagen („Freistaat Christiania“).

Die englischen Freunde von der Bertrand Russel Peace Foundation haben ihr quadratisches Transparent — ca. drei mal drei Meter — in einem stabilen Stahlrohrrahmen befestigt und rollen es auf dicken Gummireifen über die Straße.

Der gehbehinderte Freund ist schon seit Kopenhagen dabei mit seiner Dreirad-Rikscha, die er über eine Fahrradkette mit einer Handkurbel antreibt; bei Regen spannt er seinen großen Sonnenschirm auf.

Der leichte Nieselregen, der jetzt vereinzelt fällt, tut der guten und gelösten Stimmung keinen Abbruch. Diese Stimmung wirkt auch auf die Leute, die dem Marsch begegnen. Selten die Autofahrer — die wegen uns alle rechts ranfahren und warten müssen — die mit verkniffenem Gesicht ins Leere starren und hinter verschlossenen Scheiben vor sich hinmeckern, das sind meist Fahrer des guten Sterns auf Deutschlands Straßen. Die meisten kurbeln die Scheiben runter, nehmen Flugblätter, einige spenden für den Marsch. Zwei-, dreimal steigen Leute aus und klatschen uns Beifall, mit frohen Mienen.

Rast in Billerbeck. Auch hier von ca. 80 bis 100 Leuten mit Beifall empfangen, lassen wir uns auf eine Wiese sinken.

Und wieder auf der Straße. Noch 12 Kilometer bis Coesfeld, die letzten Steigungen werden

genommen. Die Kondition der japanischen Mönche ist bewundernswert; die ganze Zeit schlagen sie ihre Trommeln und singen ihren Wechselgesang. Ich frage danach, was sie singen: Sie singen immer nur das Wort „Frieden“. Wer aus Hiroshima kommt, weiß, welchen Wert der Frieden hat.

Von nicht ganz so weit her kommen andere, die aber auch eine Anfahrt nicht gescheut haben, um dabeizusein: Frauengruppen aus Minden, Dortmund, eine Friedensinitiative aus Castrop-Rauxel, eine Gruppe aus Sprockhövel und bestimmt noch viele andere.

Von der Ambulanz werden Fußkranke behandelt, die sich Blasen gelaufen haben, aber bald haben wir Coesfeld erreicht. Schon vor der Stadtgrenze werden wir von den Coesfelder Friedensfreunden begeistert empfangen. Man sollte meinen, wir wären alle abgeschlafft. Aber weit gefehlt! Ein schwedischer Freund holt seine Trompete, ein Akkordeon kommt dazu, und singend und klatschend ziehen wir in Coesfeld ein, „Down by the riverside“. Noch einmal verdoppelt oder verdreifacht sich der Zug, Jugendliche reißen sich gleich gruppenweise ein, gestandene Bürger im guten Sonntagsanzug winken ihren Nachbarn und Bekannten zu: „Seht her, ich gehe auch mit“, bis wir den Kirchplatz erreichen, wo Schluß für heute ist.

Inzwischen ist die „Riverside“ so ein Ohrwurm geworden, daß die Friedensmarschierer auf der Straße tanzen. Der Lautsprecherwagen muß ein paarmal bitten, ruhig zu sein, damit die Abschlussskundgebung beginnen kann. Ich bekomme trotzdem nicht alles mit, nur daß der katholische Pfarrer, der der Begrüßungsredner ist, einmal (sinngemäß) sagt, wenn anderes nicht hilft gegen Atomraketen, muß die Arbeiterschaft eben einen Generalstreik machen. Langsam wundere ich mich über gar nichts mehr.

Wir verabschieden uns von den neugewonnenen Freunden. Dieses Wochenende werde ich so schnell nicht vergessen.

Auf dem Heimweg überlege ich noch: Morgen früh muß ich wieder in die Tretmühle. Eigentlich wäre ich am liebsten gleich weiter mitmarschiert bis nach Paris. Aber hat nicht vielleicht jeder von uns so einen (kleinen) Marsch vor sich, dort wo er oder sie lebt und arbeitet? Ich glaube, auch nur ein Tag bei dem langen Marsch gibt einem großen Mut für den kleinen Marsch.

Spaziergang durchs Spekulantenviertel

Presse- und Polizeiberichte dienen der Volksverhetzung

WESTBERLIN (Volkskorrespondenz). — Es ist bekannt, daß in Westberlin die Wohnungsnot besonders groß ist. 80000 Wohnungssuchende gibt es, aber Tausende Häuser stehen leer und verkommen, damit „gemeinnützige“ Wohnungsbaugesellschaften sie mit Steuergeldern abreißen und dafür neue Betonsilos mit Supermieten hinsetzen können. Die Alternative Liste (AL) hatte aus diesem Grunde dazu aufgerufen, doch mal einen Spaziergang durch den Grunewald (Berliner Renommier-Viertel) zu veranstalten, wo eine ganze Anzahl dieser Spekulantensanierungs-träger und Hauseigentümer wohnt.

Zu dem Spaziergang kamen (nach meinen Schätzungen) etwa 5000 Leute, viele mit Fahrrädern und auch junge Mütter mit Kindern. Auch KPD-Genossen und VOLKSFRONTler beteiligten sich daran. Die Stimmung zu Beginn der Demo war aufgelockert und ganz duftete, ebenso das Wetter.

Doch bereits am Abmarschort veranstaltete die Polizei, die wieder massiv und in voller Kampfmontur angetreten war, eine Provokation und nahm zwei Leute fest.

Die Demo durch den Grunewald verlief dann ganz locker; es gab immer wieder Pfeifkonzerte



Die Berliner „Spaziergänger“ besuchen die Wohnungsspekulanten im Grundewald

Grünen und begannen zu knüppeln.

Eine Ecke weiter wohnte bereits der nächste Profithai, wir

Es ist ziemlich klar, daß diese ganze Aktion eine gezielte Polizeiprovokation war, mit der die Demo zerstreut werden soll-

te. Aber das geschah nicht, die Demo formierte sich erneut und wurde erfolgreich zum Abschlußort gebracht. Als wir nach Hause gingen und in Gruppen auf den Bus warteten, kam es jedoch zu einer erneuten Provokation: Völlig aus heiterem Himmel stürmte plötzlich eine Gruppe von ca. zehn Bullen aus ihrer Wanne und rannte hinter einigen Demonstranten hinterher, die wohl irgendwelche Bemerkungen hatten fallen lassen. Doch die andern versuchten, die Bullen daran zu hindern, und ein Bulle, der über einen Zaun stolperte und hinfiel, zog, als er sich von Demonstranten umringt sah, plötzlich seine Pistole. Das geschah direkt vor unseren Augen. Der Typ war so aufgeputscht, daß wir damit rechnen mußten, daß er jede Sekunde abdrückt. Wild mit der Knarre herumfuchtelnd, stand er auf, und zitternd lief er davon zu seinen Kumpanen.

In der Presse heißt es, er sei „ausgezogen“ worden; von der gezogenen Pistole kein Wort! Ich meine, gerade dieser Vorfall, der sich in ähnlicher Weise in Westberlin schon mehrere Male in letzter Zeit ereignet hat, zeigt, wie weit die Aufhetzung und Fälschung der Polizei schon vorangeschritten ist. Es ist wohl nur eine Frage der Zeit, wann es den ersten Toten gibt! Aber das kalkulieren Lummer & Co., die das CS-Gas einführen wollen, ja voll ein! Für den Profit der Reichen geht sie über Leichen! Aber in der Presse heißt es jetzt, die Demonstranten hätten „nach SA-Manier“ Psychoterror gegen mißliebige Mitbürger ausgeübt!

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD. ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Nachtrag zum 2. Kongreß der KJD

Oberstes Prinzip ist die Freiwilligkeit

Warum wurde der Demokratische Zentralismus aus der Satzung der KJD gestrichen?

Anfang Mai dieses Jahres fand der 2. Kongreß der Kommunistischen Jugend Deutschlands (KJD) statt. Der „Rote Morgen“ berichtete über die Ergebnisse des Kongresses. Wir berichteten auch darüber, daß es Veränderungen an der Satzung gab. Die wichtigste politische Änderung besteht darin, daß der Demokratische Zentralismus nicht mehr ausdrücklich als Organisationsprinzip erwähnt wird. Eine ausführliche Begründung brachten wir damals allerdings nicht. Das wollen wir hiermit nachholen.

Inzwischen hat sich auch der KABD in seiner Zeitung „Rote Fahne“ zum 2. Kongreß der KJD geäußert. Die „Rote Fahne“ läßt kurzerhand alle politischen Fragen, die auf dem Kongreß behandelt wurden, beiseite und beschäftigt sich nur mit der Satzungsänderung. Sie verteidigt den Demokratischen Zentralismus als grundlegendes Organisationsprinzip für den kommunistischen Jugendverband und kommt zu zwei — wirklich harrsträubenden — Schlußfolgerungen: 1. Wer den Demokratischen Zentralismus abschafft,

tun. Er bestimmt die Prinzipien, nach denen die Arbeit innerhalb einer Organisation gestaltet wird und berührt in keinsten Weise das Verhältnis zwischen der Kommunistischen Partei und dem Jugendverband.

Wir gehen davon aus, daß die Redakteure der „Roten Fahne“ nicht wußten, was sie schreiben, da sie sich offensichtlich zu wenig Gedanken zu dem Problem gemacht haben. Andernfalls betrachten wir es als üble Unterstellung und Verleumdung, wenn bereits in der Überschrift des Artikels be-

schen Partei? Darin, daß jedes Mitglied das Recht und die Pflicht hat, auf den Sitzungen der Grundeinheiten, Mitglieder- und Delegiertenversammlungen usw. zu allen Fragen der Politik der Partei Stellung zu beziehen und sie mitzuentcheiden. Darin, daß alle Leitungen von unten nach oben demokratisch und in geheimer Wahl gewählt werden. Alle Leitungen sind den Gremien gegenüber, durch die sie gewählt wurden, rechenschaftspflichtig.

Und schließlich besteht die Demokratie darin, daß jedes Mitglied das unabdingbare Recht hat, jeden Funktionär und jedes verantwortliche Mitglied zu kritisieren. Eine Unterdrückung der Kritik ist nicht zulässig. Sie lähmt die Initiative und das Verantwortungsgefühl der Mitglieder und schadet der Entwicklung der Partei.

Was ist der Zentralismus?

pien auf den Kommunistischen Jugendverband übertragen und deren bewußte Einhaltung von allen Mitgliedern verlangen? Um diese Frage zu beantworten, muß man vorweg klären, welchen Charakter der Kommunistische Jugendverband haben soll.

Welchen Charakter hat der Jugendverband?

Es gab und gibt auch heute in der kommunistischen Jugendbewegung die Auffassung, daß die Jugendverbände enge Kaderorganisationen sein sollen, die sich praktisch nur dadurch von der Partei unterscheiden, daß sie Jugendfragen in ihrer Politik aufgreifen und jüngere Mitglieder haben. Wir halten diese Auffassung für falsch und sektiererisch.

Wir sind der Meinung, daß der kommunistische Jugendverband von seinem Charakter her ein Massenverband sein soll, in den alle Jugendlichen eintreten können, die dazu bereit sind. Auch wenn sie — und das ist die Regel — noch kein klares Verständnis vom Kommunismus haben, oftmals vielleicht nur ein unbestimmtes Gefühl der Sympathie mitbringen. Der Jugendverband muß seine Türen öffnen, er darf den Jugendlichen keine Hindernisse in den Weg legen. Und er muß ständig die Methoden seiner Arbeit weiterentwickeln, damit sie auch tatsächlich, in Form und Inhalt, den Eigenschaften, Auffassungen und Bedürfnissen der Jugend entsprechen.

Der Jugendverband ist eine Schule des Kommunismus — diesen Grundgedanken hat Lenin geprägt. Und genauso, wie die Schule die Aufgabe hat, den Jugendlichen Wissen zu vermitteln und sie für das gesellschaftliche Leben zu erziehen, stellt sich auch für den kommunistischen Jugendverband die Aufgabe, seine Mitglieder zu erziehen. Er vermittelt seinen Mitgliedern das marxistisch-leninistische Wissen und erzieht sie für den Klassenkampf.

Doch wenn man anerkennt, daß eine Aufgabe des Jugendverbandes darin besteht, seine Mitglieder im Sinne des Kommunismus zu erziehen, dann muß man sich natürlich auch die Frage stellen, welche Verpflichtungen man von jedem Mitglied mit dem Eintritt in die Organisation verlangen kann. Es ist offensichtlich, daß man von einem Jugendlichen, der noch kein vollständiges Verständnis vom Kommunismus hat, nicht das gleiche verlangen kann wie von einem Mitglied der Kommunistischen Partei.

Und damit wird auch deutlich, daß man den Demokratischen Zentralismus eben nicht automatisch auf den Jugendverband übertragen kann. Denn der Demokratische Zentralismus verlangt — wie bereits dargestellt — von den Mitgliedern der Organisation Klarheit in den grundlegenden politischen und ideologischen Fragen, anders ist eine bewußte Disziplin überhaupt nicht denkbar. Zu diesen

Schlußfolgerungen haben uns die Erfahrungen unserer Arbeit geführt und deshalb war es auch nur konsequent, den Demokratischen Zentralismus aus der Satzung des Jugendverbandes zu streichen.

Was hat sich geändert?

Was für Auswirkungen hat das für die Praxis unserer Jugendarbeit? Wir sagen es ganz ehrlich: Es wird keine größeren Auswirkungen haben. Und zwar deshalb, weil wir die praktische Arbeit der Organisation schon seit längerer Zeit umgestellt haben. Der Kongreß hat im wesentlichen nur das Papier (die Satzung) der Realität angepaßt. Und der Kongreß hat eine positive Bilanz über unsere Erziehungsarbeit in dieser Zeit gezogen. Über 30 Prozent der Mitglieder des Jugendverbandes sind im Verlauf der Zeit in die Partei aufgenommen worden. Das ist ein sehr hoher Anteil und beweist, daß die KJD auch ohne Demokratischen Zentralismus ihre Aufgabe erfüllt hat, die Mitglieder ihres Verbandes im Sinne des Kommunismus zu erziehen und auf die Aufnahme in die Partei vorzubereiten.

Sieht man sich unsere neue Satzung an, so stellt man fest, daß die Abänderungen im wesentlichen den Bereich der Pflichten und der Disziplin innerhalb der Organisation betreffen. Wir haben hier all die Punkte abgeändert, durch die an die Mitglieder zu hohe Anforderungen gestellt werden. Doch das heißt nicht, daß damit ein unverbindlicher Arbeitsstil oder, um es modern auszudrücken, die Basisdemokratie eingekehrt wäre. Nach wie vor wählt die KJD auf allen Ebenen ihre Leitungen. Und nach wie vor fassen die Leitungen und die Gruppen ihre Beschlüsse. Doch die Verbindlichkeit dieser Be-

schlüsse wird nicht mehr durch die Satzung verlangt. Die Verbindlichkeit in unserer Arbeit erreichen wir einzig und allein durch die Überzeugung, Mobilisierung und Begeisterung unserer Mitglieder für die Erfüllung der anstehenden Aufgaben. Freiwilligkeit ist oberstes Prinzip unserer Arbeit.

Nun kann man natürlich den Auffassungen der KJD mit diversen Zitaten aus der Weimarer Zeit oder auch mit Zitaten der Kommunistischen Jugendinternationale begegnen. Wir kennen diese Zitate und wissen selbst, daß die Genossen damals anders an die Fragen herangegangen sind. Doch es gab auch damals eine Auseinandersetzung über Fragen der Arbeitsmethoden und der Organisationsprinzipien. Diese Auseinandersetzung wurde allerdings durch den Machtantritt des Faschismus und den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges leider nie zu Ende geführt. Vielleicht wären die Genossen zu ähnlichen Schlußfolgerungen gekommen, wie wir heute.

Doch viel wichtiger scheint uns, daß man die Verhältnisse, unter denen damals die kommunistische Jugendarbeit stattfand, überhaupt nicht mit den heutigen Verhältnissen vergleichen kann. Wir sind bei unseren Ausführungen nicht näher auf aktuelle Probleme eingegangen, die heute vor der Jugendarbeit stehen. Wir meinen damit die ziemlich weit verbreitete Skepsis, teilweise auch Ablehnung von Organisationen und genauso den Individualismus, der heute stärker unter der Jugend ausgeprägt ist als früher. Das sind Fragen, auf die alle Jugendverbände, ob nun mit kommunistischer oder demokratischer Zielsetzung, eine Antwort geben müssen. Die KJD hat mit den Ergebnissen ihres 2. Kongresses dafür die Weichen in die richtige Richtung gestellt.

Sekretariat der KJD



Die KJD auf der Friedensdemonstration in Mönchengladbach.

handelt arrogant gegenüber den Mitgliedern, hält sie für unreif, Demokratie und Disziplin zu praktizieren; 2. ohne Demokratischen Zentralismus gibt es auch keine organisatorische Selbstständigkeit des Jugendverbandes.

Auf die erste Schlußfolgerung werden wir noch ausführlich eingehen. Doch die zweite Schlußfolgerung wollen wir gleich abhaken, da sie so offensichtlich im Bereich des theoretischen Blödsinns einzuordnen ist, daß man nur wenige Sätze braucht, um sie zu widerlegen. Worin besteht die organisatorische Selbstständigkeit der kommunistischen Jugendverbände? Darin, daß sie selbstständig, auf der Grundlage des Programms der Kommunistischen Partei, ihre Aktivitäten organisieren. Zu diesem Zweck wählt der Jugendverband seine eigenen Leitungen, führt Mitgliederversammlungen und Kongresse durch, gibt sich ein eigenes Programm und eine Satzung. So arbeitet die KJD (früher Rote Garde) seit drei Jahren. Der Demokratische Zentralismus hat mit der organisatorischen Selbstständigkeit nicht das geringste zu-

hauptet wird, daß die KPD die organisatorische Selbstständigkeit des Jugendverbandes aufgehoben hat. Das sind Methoden, die mit einer solidarischen Auseinandersetzung nichts mehr zu tun haben.

Was beinhaltet der Demokratische Zentralismus?

Der Demokratische Zentralismus ist ein Organisationsprinzip, das gestützt auf die zahlreichen Erfahrungen aus den Kämpfen der Arbeiterklasse entstanden ist. Die Kommunisten haben diese Erfahrungen aufgegriffen und daraus die Prinzipien formuliert, auf deren Grundlage heute jede wahrhaft kommunistische Partei arbeitet. Wie der Name schon sagt, beinhaltet der Demokratische Zentralismus zwei Faktoren: die Demokratie und den Zentralismus.

Worin besteht die Demokratie innerhalb der Kommunisti-

Der Zentralismus ist die Zusammenfassung und Auswertung der Beratungen, der Vorschläge, der Berichte, der Informationen der Parteimitglieder und deren Vereinheitlichung in der Linie der Partei, in Beschlüssen und Weisungen. Der Zentralismus verlangt die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit und die Verbindlichkeit aller Beschlüsse der höheren Parteiorgane für jede untere Organisation. Verbindlichkeit der Beschlüsse heißt vor allem: Ist ein Beschluß einmal gefaßt, so handeln alle Kommunisten wie ein Mann. Darin besteht das Wesen des Demokratischen Zentralismus und der Parteidisziplin. Diese Disziplin verleiht der Partei die notwendige Organisiertheit und Zielstrebigkeit in ihrem Handeln. Es ist keine blinde, sondern eine bewußte Disziplin. Die Stärke der Kommunistischen Partei besteht in ihrer ideologischen Geschlossenheit und darin, daß die Mitglieder bewußt nach den Parteibeschlüssen handeln, weil sie an ihnen mitgewirkt haben und die Notwendigkeit des einheitlichen Handelns sehen.

Können wir all diese Prinzi-

Der neue „Rote Rebell“ ist da



Die dicke Sommer-Sonnen-Sondernummer liegt vor. 20 Seiten stark! Und 20 Seiten, die die Redaktion auch brauchte, um nur das wichtigste aufzugreifen, was momentan im Jugendbereich so läuft.

Ihr findet im „Rote Rebell“ aktuelle Berichte aus Nürnberg, Berlin und Bochum. Korrespondenzen aus den Betrieben und Gewerkschaften. Einen aktuellen Artikel zum Friedenskampf. Reisebilder aus Albanien. Und eine ganz heiße Sache, die leider eines Tages mal wahr werden kann, wenn wir nicht ordentlich reinhauen: Eine Kurzgeschichte über den Krieg im Weltraum. Dann wie immer unsere Spectrums-Seiten mit aktuellen Tips vom Platten- und Büchermarkt.

Allen Lesern und Genossen wünscht die „Rote-Rebell“-Redaktion einen schönen Urlaub. Im September ist der „Rote Rebell“ in neuer Frische wieder da!

Der „Rote Rebell“ kostet nur 50 Pfennig und ist beim Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30 zu erhalten.

Die Grundthese Schmierers heißt dabei: „Wir müssen den Gedanken überwinden, als könne es Identität geben zwischen der Partei der Arbeiterklasse und der Organisation der Kommunisten. Die Partei der Arbeiterklasse kann nichts anderes sein als die Arbeiterklasse selber, die entsprechend ihren Interessen mittels Organen der Klasse mehr oder weniger bewußt und zweckmäßig Partei ergreift.“

Von daher gelangt er zur Feststellung: „Es ist gefährlich, die Organisation der Kommunisten als höchste Form der Klassenorganisation zu verstehen.“

Schmierers Alternative zur Kommunistischen Partei heißt: Räte. Und zwar konkret in unserem Land die Betriebsräte. Diese seien heute bereits demokratisch gewählte Organe der ganzen Belegschaften und würden ihren noch beschränkten Charakter überwinden. Voraussetzung dafür wiederum ist, laut Schmierer, die Rolle der Gewerkschaft, die die richtige Ausnutzung der Betriebsräte gewährleisten muß.

Mit den Betriebsräten als dem wichtigsten politischen Kampforgan und den Gewerkschaften als der führenden Kraft in diesen Betriebsräten bleibt den Kommunisten nur die Aufgabe, und dies wird in Schmierers Thesen immer wieder deutlich, politische Propaganda zu machen, den Arbeitern Einsicht in den Gang der Bewegung verschaffen. Deshalb sind auch, laut diesen Thesen, die Publikationen das wichtigste Mittel der Arbeit der Kommunisten.

Thesen ohne Bezug zur politischen Wirklichkeit

Nun läßt Schmierer in seinen Thesen jegliche direkt politische Aussage vermissen, erwähnt er die politischen Aufgaben und auch die Ziele der Arbeiterbewegung mit keinem Wort. Diese Vorgehensweise macht es ihm leichter, seine Darstellung einer Kommunistischen Partei, oder genauer: einer kommunistischen Organisation, wie er es selbst immer wieder nennt, als logische Schlußfolgerung aus der Selbstkritik an eigenen Fehlern des KBW auszugeben.

Man habe aufgrund des früher vertretenen kommunistischen Führungsanspruchs zu viele selbständige, isolierte Aktionen gemacht, damit habe man sich isoliert. Deshalb gelte es jetzt, diesen Anspruch aufzugeben, in der bestehenden Bewegung mitzuarbeiten und richtige Gedanken zu verbreiten. (Dabei geht Schmierer von der Voraussetzung aus, der KBW sei eine kommunistische Organisation, die er aber tatsächlich nie gewesen ist. Wir wollen uns im folgenden jedoch nicht mit diesem falschen Anspruch des KBW auseinandersetzen — der jetzt ja weitgehend aufgegeben wird —, sondern mit Schmierers Thesen zum Prinzip der Kommunistischen Partei.)

Daß Schmierer bei seinen Ausführungen keine politischen Aussagen macht, hat zwei Ursachen: Zum einen ermöglicht ihm dies, die Kritik an der bisherigen Politik des KBW abgetrennt von der grundsätzlichen Frage der Aufgaben der Kommunistischen Partei zu behandeln und so die politische Rolle, die der KBW gespielt hat, auszuklamern. Zum anderen erlaubt ihm diese Art des Vorgehens, mit allgemeinen Spekulationen zu arbeiten, die sich bei einer konkre-

Weshalb brauchen die Arbeiter die kommunistische Partei?

Einige Bemerkungen zu einer grundsätzlichen Frage aus Anlaß der neuesten Thesen des KBW

Vorurteile gegen die kommunistischen Parteien gibt es genügend, und sie werden ja auch täglich von der herrschenden Kapitalistenklasse geschürt. Parteidiktatur oder Arbeiterdemokratie — so heißt die Alternative, die von der reaktionären Propaganda immer dann angeboten wird, wenn es darum geht, revolutionär gesinnte Menschen vom Kommunismus abzuhalten. Und solche Beispiele wie in Polen, wo sich die angeblich kommunistische Partei vom Gericht ihre „führende Rolle“ bescheinigen läßt, schrecken wahrhaftig ab.

ten Darstellung sofort in Luft auflösen würden.

So zeichnet er ein völlig falsches, opportunistisches, schöngefärbtes Bild von der Rolle und der Bedeutung der Betriebsräte und der Gewerkschaften, um sie als Alternative zur Kommunistischen Partei glaubwürdig machen zu können.

Die Behauptung, die Betriebsräte könnten durch kommunistische Propaganda und die Einwirkung der Gewerkschaften zu jenen Räten werden, mit denen die Arbeiterklasse ihre politische Macht ausübt, verkennt beides, Geschichte und aktuelle Rolle sowohl der Betriebsräte als auch des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Betriebsräte entstanden geschichtlich gerade als die Alternative des Ebertschen Flügels der Sozialdemokratie zu jenen Arbeiter- und Soldatenräten, die in der Revolution von 1918 die Rolle von Machtorganen gespielt hatten. Diese Betriebsräte waren geplant und wurden errichtet als Organe der Klassenzusammenarbeit auf Betriebs-ebene, ohne politisches Mandat, was durch das Adenauersche Betriebsverfassungsgesetz und die Reform der sozialliberalen Koalition weiter zementiert wurde.

Dort, wo sie anders wirken und wirkten, ist dies dem Kampf der Kommunisten und der revolutionären und klassenbewußten Gewerkschafter gegen die Linie und die Vertreter der Politik der Sozialpartnerschaft zu verdanken und nicht ihrem allgemeinen Charakter.

Ebenso verhält es sich mit Schmierers These, die Gewerkschaften seien die Voraussetzung für eine richtige Nutzung der Betriebsräte, seien, wie er es sagt, Organe der Parteinahme gegen die Klasse der Kapitalisten, den Staat und die Regierung.

Die heutige DGB-Führung, die die Politik der Gewerkschaften bestimmt, und deren Position längst noch nicht grundlegend erschüttert ist, widerlegt durch ihre Tätigkeit diese These Schmierers in der Wirklichkeit. Die Gewerkschaftsausschlüsse — zum Beispiel seiner eigenen KBW-Genossen — die Schmierer offenbar lieber vergessen möchte, zeigen deutlich genug, daß innerhalb des DGB nicht jenes freie politische Kräftespiel, jene freie politische Debatte stattfindet, die Voraussetzung für sein ganzes Konzept ist, die er sich so sehr wünschen mag — und die auch wünschenswert ist, weshalb die KPD dafür kämpft, und in der sich dann, seiner Meinung nach, das Richtige eben allmählich durchsetzt.

Durch Schmierers These

zieht sich wie ein roter Faden die Vorstellung, daß sich der gesamte Kampf der Arbeiterbewegung als friedlicher Wettstreit politischer Meinungen abspielt.

Die Rolle der Kommunistischen Partei

In diesen Thesen gibt es nicht den kapitalistischen Staat als Machtorgan der Kapitalistenklasse, keine Bundeswehr, die Bürgerkriegsübungen macht, keinen Bundesgrenzschutz, keinen Verfassungsschutz. Da gibt es auch nicht die riesige Propagandamaschine der Kapitalisten dieses Landes, die ihren politischen Einfluß auf die Arbeiterklasse ausübt, gibt es nicht die bürgerlichen Agenturen in der Arbeiterbewegung. Kurz gesagt, ist diesem Konzept zufolge der politische Kampf kein wirklicher Klassenkampf, kein Existenzkampf zwischen zwei sozialen Klassen, dem Proletariat und der Bourgeoisie, sondern ein bloßer Meinungsstreit.

Damit wird jegliche marxistische Analyse unserer heutigen Gesellschaft gelehnt. Nach den Lehren Lenins und Stalins ist die Kommunistische Partei, dieser neue Typ der politischen Partei der Arbeiterklasse, doch gerade deshalb unbedingt nötig, weil die politischen Bedingungen im Zeitalter des Imperialismus die offener Schlachten um die politische Macht sind, weil es sich um den Entscheidungskampf zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie handelt.

Dazu benötigt die Arbeiterklasse eine solche politische Führung, die in der Lage ist, den Weg zum Ziel unter allen Umständen zu verfolgen. Die Kommunistische Partei vertritt das grundlegende Interesse aller Arbeiter, der ganzen Arbeiterklasse, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg aufzubauen, eben den Kommunismus, und sie allein ist mit dem Marxismus-Leninismus gewappnet, jener wissenschaftlichen Theorie, die dazu den Weg weist. Dies ist die grundlegende Rolle der Kommunistischen Partei, die sie über alle anderen politischen, gewerkschaftlichen und sonstigen Organisationen der Arbeiterklasse hinaushebt, die sie tatsächlich genau zu jenem macht, was Schmierer in seinen Thesen so vehement angreift: zur höchsten Form der Klassenorganisation.

Um diese Rolle erfüllen zu können, muß sie vom Typ her eine neue Partei sein, wie es sie vor der Zeit des Imperialismus nicht gab, eine Kampfpartei, die

Nun hat sich kürzlich auch der Sekretär des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW), H.G. Schmierer, zu jenen gesellt, die diesem ständigen Druck nachgeben und die Notwendigkeit einer Kommunistischen Partei, einer Kampfpartei ableugnen. Er tut dies unter dem Motto der Kritik an früheren Fehlern des KBW in einem Artikel in der „Kommunistischen Volkszeitung“ vom Mai dieses Jahres, der im Rahmen einer ganzen Reihe „neuer“ Analysen steht, in denen der Marxismus-Leninismus immer offener über Bord geworfen wird.

die entschlossensten Kämpfer für den Sozialismus, für die sozialistische Revolution in ihren Reihen vereint.

Denn sie ist die Partei, die die Arbeiterklasse nicht irgendwie und zu beliebigen Zwecken politisch führt, sondern beim Kampf um die Macht, beim Kampf um den Sturz des hochgerüsteten und durchorganisierten imperialistischen Staates.

Beim Kampf um den Sozialismus treffen die Arbeiter auf die bürgerlichen Arbeiterparteien, seien sie sozialdemokratisch oder revisionistisch geprägt, treffen sie auch auf die bürgerlichen Parteien, die Einfluß unter den Arbeitern haben. Der Kampf gegen diese Richtungen ist keineswegs ein bloßer Meinungsstreit, sondern ein Teil des Kampfes um die Macht, um die Revolution. Es gibt genügend Beispiele dafür, sei es aus der Geschichte, sei es auch aus der Gegenwart, wo es deutlich zutage tritt, daß diese politischen Strömungen in entscheidenden Momenten immer wieder als Feinde der Revolution handeln und nicht etwa nur als „Andersdenkende“. Und dies ergibt sich auch logischerweise aus der Tatsache, daß eben die Arbeiterklasse nur ein grundlegendes Ziel hat, und dafür auch nur eine politische Partei benötigt, während die anderen bestehenden Parteien notwendigerweise andere Interessen vertreten, die in immer schärferen Widerspruch zum sozialistischen Ziel treten. Je mehr die Führer solcher Parteien in die Gefahr geraten, isoliert zu werden, je mehr sie Einfluß und Anhang unter den Arbeitern verlieren, desto mehr werden sie auch von sich aus zum Kampf gegen die Revolution übergehen.

Will man all dem mit der Lösung der verschiedenen politischen Strömungen, die es halt immer gibt, entgegenzutreten, will man dabei die Rolle der Kommunistischen Partei auf die eines Beraters für die Arbeiter reduzieren, so begibt man sich auf den Weg der Zerstörung der Kommunistischen Partei, ihrer Vernichtung als jener Partei, die sie sein muß — eben den Weg, den Lenin als den Weg des Liquidatorentums bezeichnete. Und genau dort befindet sich H. G. Schmierer mit seinen neuen Thesen. Und er findet sich damit in Gesellschaft all der Kräfte, die von jeher gegen die Existenz einer Kommunistischen Partei aufgetreten sind.

Es gilt von diesem Gesichtspunkt aus als besonders demokratisch, daß etwa Tito die jugoslawischen Kommunisten dazu verpflichtete, ihre Partei aufzulösen und einen Bund der Kommunisten Jugoslawiens zu

schaffen, der sich der „Beratung“ der Arbeiterklasse widmet. Diese großen „Demokraten“ richten heute in ihrem Land ein Blutbad unter den Albanern an, die für die legitime Forderung einer eigenen Republik innerhalb der Föderation auftreten — so wie sie einst ein Blutbad unter jenen anrichteten, die gegen die Auflösung der Kommunistischen Partei waren.

Solche Beispiele gäbe es noch viele anzuführen. Beispiele, aus denen deutlich wird, daß all diese Konzepte, den Sozialismus ohne Kommunistische Partei zu erreichen und aufzubauen gescheitert sind, daß in den betreffenden Ländern der Kapitalismus, der Imperialismus herrscht, und sei es auch unter sozialistischer Maske. Beispiele, aus denen deutlich wird, daß jene, die sich ach so demokratisch geben, mit Feuer und Schwert gegen die Kommunisten und Revolutionäre und dann auch gegen die Arbeiter vorgegangen sind.

Die Kommunistische Partei und die Demokratie

Wie alle, die gegen die Kommunistische Partei Stellung nehmen, macht das auch Schmierer, indem er mit den antidemokratischen Machenschaften der revisionistischen Parteien Osteuropas und der DDR spekuliert, die ihre volksfeindliche Politik als kommunistisch bezeichnen. Dies ist der Versuch, die passende Atmosphäre zu schaffen, um die Kommunistische Partei als einen Organismus darzustellen, der an sich undemokratisch, bürokratisch und ähnliches ist. So reißen sich diese Thesen in die antikommunistische Propaganda des Kapitals ein.

Dabei liegt es klar auf der Hand, daß eine kommunistische Partei, die diesen Namen verdient, die also die Aufgabe hat, die Arbeiterklasse in der Revolution und beim Aufbau des Sozialismus zu leiten, kein Interesse an der Einschränkung der Arbeiterdemokratie haben kann, sondern im Gegenteil, ständig daran arbeitet, diese zu entwickeln, daß sie das demokratische Bewußtsein der Arbeiterklasse von Beginn ihres Kampfes an festigen muß.

Als die Sowjetunion noch ein sozialistisches Land war, als die KPdSU (B) unter Stalins Führung noch eine marxistisch-leninistische Partei war, organisierte sie zu den ersten Wahlen nach der neuen Verfassung von 1936 die Wahllisten des Blocks der Parteilosen und Kommunisten, um es noch mehr Arbeitern zu ermöglichen, an der Führung des Staates teilzuhaben, als die Partei ohnehin schon selbst aufbot.

In der Sozialistischen Volksrepublik Albanien ist es heute die Partei der Arbeit, die die Massen der Arbeiter, sei es durch das Heranziehen zur Arbeit in den Volksräten, sei es durch die Gewerkschaften oder die Demokratische Front, sei es durch die Arbeiterklassenkontrolle zur politischen Tätigkeit mobilisiert und die großen Debatten der Arbeiterklasse über den Weg des Landes organisiert und leitet.

Die revisionistischen Parteien Osteuropas haben doch ihre führende Rolle in der Weltanschauung der Arbeiter, die Unterstützung durch die Arbeiter eben deshalb verloren, weil sie zu Parteien des sozialen Rückschritts, der Restauration des Kapitalismus wurden, die zur Durchsetzung dieser Politik auch antidemokratischer Maßnahmen bedurften. Das ist der entscheidende Unterschied.

Nur ja keine Kommunistische Kampfpartei, die den Klassenkampf der Arbeiter leitet — diesen Teil des Wegs zur Auflösung seiner Organisation hat Schmierer schon beschritten. Damit ist er rund zwei Jahre hinter den Führern der früheren Gruppe Rote Fahne her, die sich KPD nannten, und die sich ein Jahr später vollends auflösten. In der politischen Neuorientierung, die damit verbunden ist, wird er seinen Weg wohl weitergehen, einen Bestandteil des Marxismus-Leninismus nach dem anderen nun offen über Bord zu werfen. Mag er diesen Weg gehen, wenn er will. Jene Genossen des KBW aber, die für die Revolution, für den Sozialismus kämpfen wollen, sollten sich besser fragen, was die wirklichen Fehler ihrer Organisation waren, die zu Spaltung und Isolierung geführt haben, sie sollten vor allem diese neue Politik, wie sie jetzt entworfen wird, die gar nicht neu ist, sondern einen alten ausgetretenen Pfad geht, vom revolutionären Standpunkt aus durchdenken.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Ein Bericht von „Workers Weekly“

Die Einwohner von Southall kämpften gegen die Nazis

Nahezu in allen Medien wurde über die Unruhen der britischen Jugend nicht nur breit berichtet, sondern es wurden auch alle möglichen Begründungen für diese Revolte gegeben. Dabei fanden selbst jene liberalen Blätter und Journalisten, die sich manchenmal über zu massive Polizeieinsätze erregen, für die Jugendlichen nur Worte wie „Mob“, „Pöbel“ und so weiter — und übernahmen damit ganz die Propaganda der konservativen Regierungspartei in London. Eine Zu-

Ungefähr um sieben Uhr abends drangen etwa 200 bis 300 Jugendliche, die von den Faschisten mobilisiert worden waren, aus East London kommend in Southall ein. Ihre Anführer trugen Fahnen der „Nationalen Front“, Naziplakate und Abzeichen mit sich. Sie verbreiteten Flugblätter einer sogenannten Organisation für einen „Weißen nationalen Kreuzzug“.

Sie gingen die Hauptstraße hinunter, riefen Naziparolen und provozierten Passanten. Dann gingen sie dazu über, Fensterscheiben von Läden einzuschlagen und Anwohner tätlich anzugreifen.

Als die Rassisten mit ihren Provokationen und Attacken begannen, antwortete die Gemeinde. Sehr schnell kamen Hunderte von Jugendlichen, vor allem indischer Nationalität zur High Street und vertrieben die Nazibande in ein Pub, in dem ein rassistisches „Konzert“ stattfinden sollte. Um acht Uhr standen Hunderte von Menschen vor dem Pub, eine halbe Stunde später erschien die Polizei mit ihrer „Aufrührerrüstung“ und bildete einen Korridor um den Pub.

Bereits mehrere Male hatten in diesem Jahr die Faschisten den Versuch gemacht, in Southall Versammlungen abzuhalten. Im April 1979 war ihnen dies einmal gelungen, als sie unter dem Schutz der Polizei eine sogenannte Wahlkundgebung abgehalten hatten.

Seit damals waren bei jedem Versuch der Faschisten, in Southall Fuß zu fassen, Tausende von Menschen auf der Straße gewesen und hatten diese Versuche in eigenständigen Aktionen vereitelt. Hinter dem Polizeikordon standen die Nazis mit Hitler-Gruß und gingen nach einiger Zeit dazu über, hinter dem Schutz der Polizeischilder hervor mit Steinen auf die versammelten Anwohner zu werfen.

Die Polizei ließ dies nicht nur zu, sondern begann, die Straße von den Einwohnern zu räumen, während die Faschisten hinter den Polizeiliniern immer wilder randalierten.

Die Polizei bekam dann Verstärkung von der „Special Patrol Group“ (eine rassistische Greiftruppe der Londoner Polizei) und wuchs auf über 600 Mann an. Als diese Polizeistreitmacht zum massiven Angriff auf die demonstrierenden — vor allem jugendlichen — Einwohner überging, setzten sich diese entschieden zur Wehr. Mit Molotow-Cocktails, Barrikaden und schnell besorgten Stöcken schlugen sie den Angriff der Polizei zurück und zerstörten eine ganze Reihe von Polizeifahrzeugen. Während des mehrstündigen Kampfes ging zuerst jener Pub, in dem sich die Nazis versammelt wollten, in Flammen auf, während die Nazis von den Bewohnern dingfest gemacht und bestraft wurden.

sammenfassung eines Berichts der Zeitung „Workers Weekly“, die wir im folgenden bringen, soll einen der Gründe dieser Unruhen deutlich machen: den wachsenden Rassismus und die Umtriebe der Faschistenbanden. Der Bericht beschäftigt sich mit den Ereignissen vom 3. Juli, jenem Freitag, an dem diese Revolte im Londoner Vorort Southall ihren Ausgang nahm.

Die Nazis mußten fliehen und die Polizei konnte nur noch ihre Flucht beschützen, wobei zahlreiche Polizisten verletzt wurden.

Seit jenem Freitagabend steht Southall im Zentrum der reaktionären Propaganda, werden anhand dieser Ereignisse Lügen von „Rassenkrawallen“ und „Bandenkriegen“ zusammengebraut.

Dies alles soll die Tatsache verschleiern, daß es sich bei diesen Kämpfen um direkte antifaschistische, antirassistische Aktionen gehandelt hat. Die meisten der Beteiligten waren Jugendliche indischer Nationalität, aber auch zahlreiche Jugendliche anderer Nationalitäten, auch zahlreiche Weiße beteiligten sich am Kampf gegen die Nazibanden.

Daß die Hauptkraft dabei indische Jugendliche waren, ist leicht erklärlich: Zum einen sind sie der größte Bevölkerungsanteil in Southall, zum anderen haben gerade die verschiedenen indischen Gemeinden in diesem Jahr am meisten unter den verstärkten faschistischen Angriffen gelitten. In den ersten Monaten gab es mehr als ein Dutzend Mordanschläge auf Bürger indischer Nationalität in drei Städten. Diese Angriffe forderten drei Todesopfer.

Die Polizei behauptete anschließend, und dies ist ein Kernpunkt der gesamten reaktionären Propagandawelle der letzten Wochen, sie sei neutral

gewesen, sei erschienen, weil Zwischenfälle ihr unbekannter Art berichtet worden seien.

Dabei ist weder das eine noch das andere wahr. Wie sich die Polizei verhielt, geht aus obigem Bericht hervor. Und Tatsache ist, daß es in der Luft lag, daß in diesen Tagen eine solche faschistische Provokation stattfinden sollte, die Nazis hatten dies selbst angekündigt, und die Gemeinde hatte sich darauf vorbereitet — dies war auch ein Grund dafür gewesen, daß so schnell so viele Menschen mobilisiert werden konnten.

Daß dies auch der Polizei bekannt war, braucht nicht bezweifelt zu werden — nicht nur, weil sie üblicherweise wegen „unbekannter Zwischenfälle“ nicht gleich mit einer halben Armee anmarschiert, sondern auch, weil sie bisher stets faschistische Aktionen in diesem Stadtteil beschützt hat, und weil sie auch diesmal gleich wußte, woran sie war, auf welche Seite sie sich zu stellen hatte: auf die der Nazis. Tatsache ist, so schließt der Bericht von „Workers Weekly“, daß die Gemeinde von Southall an diesem Freitagabend einen mutigen Kampf gegen die Rassisten und Faschisten und gegen die Polizei geführt, und so ihre Gemeinde erfolgreich gegen Angriffe verteidigt hat. Diese Erfahrung beweist einmal mehr, wie richtig die Losung „Selbstverteidigung ist der einzige Weg!“ ist.

Hintergründe

Wie immer, wenn in einem europäischen Land Unruhen oder Revolten ausbrechen, so schlägt auch jetzt wieder die Stunde der Staranalytiker. Keine einzige der großen Zeitungen oder kein einziges der Fernsehmagazine ohne seine eigene Deutung der britischen Ereignisse.

So unterschiedlich sie auch in Tonlagen sein mögen, eine Gemeinsamkeit haben diese „Untersuchungen“ alle: Statt wirkliche Gründe zu nennen werden Propagandahauptungen von der „irrationalen Gewalt“ bis zum Erbrechen widergekaut. Arbeitslosigkeit, Slums, Rassismus — erwähnen muß man das alles heute, aber so richtig als Ursache mag man das nicht gelten lassen, denn man lebt ja in Europa, in jener Zivilisation, die jetzt von Margret Thatcher mit chemischen Kampfstoffen gegen den „Mob“ verteidigt wird.

80 000 Arbeitslose gibt es beispielsweise in Liverpool — mit Abstand am meisten davon im Stadtteil Toxteth, in dem der Polizei tagelange Straßenschlachten geliefert wurden. Ebenso sieht es in London, Manchester, Hull, Preston, Wolverhampton, Birmingham und Luton aus, kurz: Im gesamten mittellenglischen Industriezentrum.

Zerfallene Häuser, wie man sie bisher nur in den Slums von Chicago oder New York gesehen hat, bestimmen in den Straßen dieser Stadtteile zunehmend das Bild. Die alltägliche Schikane trifft die nationalen Minderheiten immer schroffer, immer brutaler und immer beleidigender. Das Aufbegehren ging schon seit Jahren um.

Die Antwort der Regierung auf all dies: weitere Wirtschaftsprogramme, die zur Steigerung der Arbeitslosigkeit führen, zur weiteren Teuerung, und ein neues Nationalitätengesetz, das unter britischen Staatsbürgern eine Art Dreiklassenrecht schafft, ganz im Stil der Hitlerschen Rassegesetze. Für Proteste hat diese Regierung nur das Wort „kriminell“. Kriminell sind die Streikposten, die Demonstranten gegen Arbeitslosigkeit, die organisierten Arbeitslosen, die protestierenden Mütter, und ganz besonders die Ausländer. Nicht kriminell sind die Arbeitsplatzvernichter, die Preistreiber, die Rassisten und Faschisten von der Nationalen Front bis zum rechten Flügel der Konservativen Partei.

So kommen diese Revolten zustande, Revolten, die die Reichen in ganz Europa schockieren, wo es so etwas ja nicht geben kann, weil es das nicht geben darf. Aber es ist kein Zufall, daß gerade in Britannien, dem Land mit der gegenwärtig schärfsten Wirtschaftskrise und der am längsten praktizierten „Spartolitik“, als erstem Land ganze Stadtteile nahezu unterschiedslos gegen die Staatsmacht rebellieren — es ist ein Vorgeschmack auf kommende Entwicklungen in Europa, das längst keine Insel sozialen Friedens mehr ist.

Massendemonstrationen im ganzen Land

Neue Opfer der Londoner Kolonialpolitik

Martin Hurson und Joe McDonnell im Hungerstreik gestorben

DUBLIN/BELFAST. — Nach dem Tod zweier weiterer politischer Häftlinge im Belfaster Maze-Gefängnis kam es in den beiden letzten Wochen erneut zu großen Demonstrationen gegen die Londoner Kolonialpolitik — sowohl in Nordirland, wo die britische Besatzarmee zwei Jugendliche erschoss, als auch in der Republik Irland, wo sich in Dublin die größten Demonstrationen seit Jahren sammelten, wo patriotische Jugendliche die britische Botschaft angriffen.

Sechs politische Gefangene der Irisch-Republikanischen Armee sind damit seit dem 1. März, als der Hungerstreik zur Verwirklichung der Forderungen nach Haft erleichterungen und nach Anerkennung des politischen Status begann, bereits an den Folgen gestorben. Sechs weitere Häftlinge befinden sich gegenwärtig im Hungerstreik, wobei vor allem Kieran Doherty, Abgeordneter des Dail, des Parlaments der Republik Irland, in akuter Lebensgefahr schwebt.

Der Tod eines jeden dieser Märtyrer des irischen Freiheitskampfes hat die Insel gewaltig erschüttert, die Unruhe, die Kampfbereitschaft wachsen — eben nicht nur in Nordirland sondern auch in der Republik.

Die Londoner Regierung, vom zunehmenden Widerstand und der wachsenden internationalen Solidarität in die Enge getrieben, gibt sich seit neuestem den Anschein, verhandlungsbereit zu sein, nachdem ihre starre brutale Haltung immer mehr ins Kreuzfeuer kam. Aber die Kon-

servative Partei fordert von den irischen Freiheitskämpfern in Wirklichkeit, zuerst völlig zu kapitulieren, sich politisch geschlagen zu geben, nämlich den Streik bedingungslos abzubrechen. Dann könne man prüfen, so der Sprecher des Ministers Whitelaw, ob es Erleichterungen geben könne.

Damit will die britische Regierung ihre Grundposition retten, nämlich die Behauptung, der Hungerstreik der IRA-Gefangenen sei nicht nur eine illegale Aktion, sondern auch eine Aktion von Kriminellen, die sich nur politischer Vorwände bedienen würden.

Wie frei erfunden solche Propagandalügen Londons sind, zeigt die Tatsache, daß Joe McDonnell beispielsweise im selben Prozeß wie Bobby Sands, dem ersten Hungerstreikopfer Londons in diesem Jahr, verurteilt wurde — zu 14 Jahren Gefängnis, wie auch zwei weitere Angeklagte. Und zwar wegen illegalen Waffenbesitzes — bei den vier war eine Pistole gefun-

den worden. So tut London alles, um den irischen Freiheitskampf ständig als kriminell darzustellen, und die Propagandaapparate aus der Fleet Street sorgen dafür, daß die Legende vom Religionskrieg am Leben bleibt.

Tatsache aber ist, daß die britischen Imperialisten den Nordteil der irischen Insel seit 1916 willkürlich, sowohl entgegen dem Völkerrecht als auch entgegen dem offen ausgedrückten Willen der überwältigenden Mehrheit des irischen Volkes, besetzt halten, daß das Land in dieser Zeit zu einem der Armenhäuser Europas wurde.

Seit jener Zeit wurde der Freiheitskampf der Iren nahezu ununterbrochen fortgesetzt und nahm Ende der sechziger Jahre einen neuen Aufschwung. Dabei war es für die Iren bisher gleichgültig, welche Partei in London an der Regierung war, denn sowohl die Konservativen als auch die Labourparty verfolgten die Kolonialpolitik im Dienste des Finanzkapitals mit denselben Methoden — hier zeichnet sich erst in letzter Zeit innerhalb der Labourparty eine gewisse Änderung ab.

Der irische Freiheitskampf war von jeher ein politischer Kampf breiter Teile des irischen Volkes — allein die Tatsa-

che, daß immer wieder Mitglieder der IRA bei Wahlen zu Parlamenten gewählt wurden, zeigt dies schon deutlich — wobei es sich auch immer wieder um Kämpfer handelte, die von den Londoner Kolonialgerichten als Verbrecher verurteilt worden waren.

Deshalb ist es auch klar, daß die IRA-Gefangenen nicht auf die Forderung nach Kapitulation eingehen werden und nicht eingehen können, da dies die Grundlage ihres Kampfes und die politische Rolle der irischen Organisationen erschüttern würde. Sie haben erklärt, daß sie jederzeit zu Verhandlungen über die Haftbedingungen bereit seien — das wurde von London kategorisch und erpresserisch abgelehnt, im Bewußtsein, daß dies weitere Todesopfer kosten würde. Opfer, die bewußt von London getötet werden.

Die Demonstrationen, die jetzt auch die Republik Irland erfaßt haben, haben deshalb, neben der Solidarität mit dem Kampf der Gefangenen, auch die zentrale Forderung des irischen Volkes erneut mit Nachdruck erhoben:

Britische Besatzer raus aus Irland!
Erfüllung der Forderungen der Hungerstreikenden!

Die KPD stellt sich vor

KPD

KOMMUNISTISCHE PARTEI
DEUTSCHLANDS

Kurz informiert

Über uns und unsere Ziele

Die Kommunistische Partei Deutschlands, die KPD, setzt die revolutionäre Arbeit fort, die von Karl Marx und Friedrich Engels begonnen und von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann weitergeführt wurde. Im „Kommunistischen Manifest“ von 1848 heißt es: „Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“

Nichts zu verlieren als unsere Ketten, das gilt heute wie vor 100 Jahren. Trotz Kühlschrank, Waschmaschine, Fernseher oder eines eigenen Autos: wissen wir, ob wir morgen noch Arbeit haben, ob ein Arbeitsunfall, eine plötzliche Krankheit nicht all unsere Pläne, ob nicht ein Krieg alles, was wir uns hart erarbeitet haben, wieder zerstört? Nicht nur die Millionen, die heute schon am Rande des Existenzminimums leben, auch die, die noch Arbeit haben, leben noch immer, wie unsere Väter und Vorfahren, von der Hand in den Mund.

Deshalb haben wir nicht nur unsere Ketten zu verlieren, sondern eine Welt zu gewinnen. Unsere Welt. Eine Welt ohne die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Eine Welt, in der wir, die werktätigen Menschen, das Sagen haben. Für diese neue, bessere Welt, den Sozialismus und Kommunismus, kämpfen wir. Nicht nur in West-, sondern auch Ostdeutschland, wo es die KPD, zwar verboten, — ebenfalls gibt. Denn die DDR ist schon lange kein Arbeiter- und Bauernstaat mehr, sondern ein Arbeiter- und Bauerngefängnis. Deshalb kämpfen die Mitglieder der KPD in der DDR gegen Honeckers SED-Regime, für die Wiederherstellung des wahren, marx'schen Sozialismus.

Die KPD wurde zur Jahreswende 1968/69 gegründet und nannte sich damals KPD/ML, Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten. Jahrelang

Dieses neue Flugblatt der Partei, das gezielt eingesetzt werden sollte, wo es darum geht, die KPD in kurzen Zügen vorzustellen, kann ab sofort beim RM-Vertrieb bestellt werden.

Sicherheit Oder Selbstmord?

Kanonen statt Butter
Raketen sind Magneten

Dieses Flugblatt (DIN A 5, vier Seiten), in dem die Position der KPD im Friedenskampf dargestellt wird, kann beim RM-Vertrieb bestellt werden.

Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30



„Freispruch erster Klasse“

Ein FDP-Politiker im Korruptionssumpf der Pharma-Industrie

Die reaktionäre Presse in der Bundesrepublik war einem großangelegten Komplott auf der Spur: Da verhandelten in Mainz vor wenigen Monaten die Landesvorstände von CDU und FDP über die Bildung einer Koalitionsregierung, und mitten in die Verhandlungen hinein platzte die Nachricht, daß gegen den Landesvorsitzenden der FDP, Hans-Otto Scholl, ein Ermittlungsverfahren wegen Veruntreuung lief.

Betrieben wurde dieses Verfahren aus dem sozialdemokratisch regierten Hessen, von der Staatsanwaltschaft Frankfurt nämlich. War das alles tatsächlich — wie die Rechtspreste zerterte — nur eine gezielte Sabotage an den Mainzer Koalitionsverhandlungen? Immerhin wurde das Ermittlungsverfahren

bestanden, darüber hatten sich allerdings sowohl der BPI wie auch sein früherer Hauptgeschäftsführer diskret ausgesprochen. Der erwähnte Einstellungsbescheid macht nun deutlich, daß Scholl vom Pharmaverband offenbar deshalb gefeuert wurde, weil er sich allzu dreist auf Kosten des BPI mit Geld und Wertgegenständen bediente.

• Da ging es zum Beispiel um Goldmünzen im Wert von 33450 Mark. Scholl will sie — wie er sich gegenüber der Staatsanwaltschaft ausließ — „in Bonn einem Verbindungsmann, einem Minister Jain oder Jaen“ ausgehändigt haben. Ein Vorgang, den man im allgemeinen mit dem schlichten Namen Bestechung bezeichnet. Allerdings war Scholl nicht bereit, den

worden. Eine entsprechende Aktennotiz mit der Unterschrift des Schatzmeisters erkannte die Staatsanwaltschaft jedoch als Fälschung.

• Im Oktober 1979 überwies Scholl 50000 Mark vom Konto des Verbands auf ein anderes von ihm allein verwaltetes Konto. Mit diesem Geld will er „einen brasilianischen Publizisten bezahlt haben, von dessen Nützlichkeit als Kontaktperson er überzeugt gewesen sei“ (so der Einstellungsbescheid). Aber auch den Namen dieser Kontaktperson wollte Scholl nicht nennen.

Trotz all dieser haarsträubenden Tatsachen, die von der Frankfurter Staatsanwaltschaft ermittelt wurden, bekam Scholl seinen Freispruch. Und das war dann auch im Interesse aller Beteiligten, vor allem des Bundesverbands der Pharmazeutischen Industrie. Ein Prozeß nämlich hätte für die Pharmabosse durchaus unangenehme Folgen haben können. Denn Scholl als ehemaliger Hauptgeschäftsführer ist ja bestens im Bilde über die systematisch betriebene Korruption. Laut Einstellungsbescheid der Staatsanwaltschaft ließ er sich über den Zweck der von ihm im Namen des Verbands gekauften Wertgegenstände wie folgt aus: „Der Beschuldigte hat diese Geschenkkäufe damit verteidigt, daß er auch hier nur die Vorteile der deutschen pharmazeutischen Industrie verfolgt habe. Um im Ausland, hauptsächlich der Dritten Welt, zu günstigen Vertragsbedingungen zu kommen, hätten die ersten Kontakte in der Regel über sogenannte Meinungsbildner und Personen im parlamentarischen Vorfeld geführt.“

Erst Ende der letzten Woche raffte sich der rheinland-pfälzische Landesvorstand der FDP dazu auf, sich mit den kriminellen Praktiken seines Vorsitzenden auseinanderzusetzen. Man legte Scholl den Rücktritt nahe, und der verzichtete dann auch auf sein Amt in der Partei. Aber nach wie vor ist er „Volksvertreter“ im Landesparlament. Das allerdings scheint seine FDP-Parteifreunde nicht zu stören. Denn davon, daß sie etwa Druck auf Scholl ausgeübt hätten, sein parlamentarisches Mandat niederzulegen, ist nichts bekannt.



Scholl in Siegerpose

dann ohne Konsequenzen für Scholl eingestellt und der FDP-Landesboß jubelte: „Ein Freispruch erster Klasse“.

Dann aber veröffentlichte vor zwei Wochen der „Spiegel“ Auszüge aus dem Einstellungsbescheid der Frankfurter Staatsanwaltschaft in der Sache Scholl. Und da wurde dann vollends klar, daß dieser Herr keineswegs der unschuldige Saubermann, das arme Opfer einer Politintrige war, als das er von seinen Gesinnungsfreunden präsentiert wurde.

Es ging bei dem Ermittlungsverfahren um Vorwürfe, die gegen Scholl wegen seiner Praktiken als Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der pharmazeutischen Industrie (BPI) erhoben worden waren. Der Verband hatte sich im vergangenen Sommer von Scholl getrennt — wegen „Meinungsverschiedenheiten“, wie es damals hieß. Worin diese „Meinungsverschiedenheiten“ tatsächlich

Namen dieses Herrn Jain oder Jaen zu nennen, was dann auch bei den Verbandsbossen wohl den Verdacht hervorgerufen hat, daß ihr Hauptgeschäftsführer die Münzen in die eigene Tasche gesteckt hat.

• Bei einer Inventur im Tresor des Verbands fehlten kostbare Wertgegenstände, darunter ein 220000 Mark teurer Brillant. Diese Gegenstände wurden, nachdem ihr Fehlen bemerkt worden war, von Scholls Schwager in einem Koffer herangeschleppt. Die FDP-Politiker hatte sie offenbar in privaten Besitz genommen. Andere Wertgegenstände, darunter Kunstwerke und silbernes Geschirr, blieben ganz verschwunden.

• 1978 gewährte sich Scholl aus der Verbandskasse ein Sonderdarlehen von 264000 Mark, das im folgenden Jahr noch einmal um 100000 Mark aufgestockt wurde. Dieses Darlehen war angeblich vom BPI-Schatzmeister Engelhorn genehmigt

Doch wer schützt uns vor ihnen?



Mit scharfer Waffe sichern Terror-Jäger den hochgestellten Mann auf Schritt und Tritt. Doch wer schützt uns vor diesem Bombenleger, der die Raketen herholt: Kanzler Schmidt?...



Der Schreiber, den du siehst: mit seinem Spaten, der friedlich stochert in den Pflanzen: Er hat schon eingearbeitet deine Daten. Er ist der Chef der Abhörwanzen.



Hier sehen wir den obersten Soldaten, Verteidigungsminister Apel, sitzen: Er hat genug zu tun, sich selbst zu schützen vor seines Schützlings Eiern und Tomaten.

Tips

Samstag, 25. Juli, 22.35 Uhr, ARD

Michael Kohlhaas — der Rebell. Film von Volker Schlöndorff nach Kleists Novelle um das Scheitern einer individuellen Rebellion. Mit David Warner und Anna Karina.

Sonntag, 26. Juli, 14.40 Uhr, ARD

Julek. Tschechischer Kinderfilm von Ota Koval, in dem die Kindheit des kommunistischen Schriftstellers Julius Fucik („Reportage unterm Strang geschrieben“) während des Ersten Weltkrieges dargestellt wird.

Dienstag, 28. Juli, 20.15 Uhr, WDR, NDR, HR III

Haben. Schauspiel des ungarischen Dramatikers Julius Hay. Mit Therese Giehse.

Mittwoch, 29. Juli, 21.00 Uhr, ARD

Die Abfahrer. Adolf Winkelmanns erster Spielfilm (gegenwärtig läuft von ihm „Jede Menge Kohle“ in den Kinos) über Jugendliche aus Dortmund, die mit einem geklauten LKW auf Tour gehen und sich für kurze Zeit die Illusion von Freiheit verschaffen.

Donnerstag, 30. Juli, 21.20 Uhr, ZDF

Die rebellischen Alten. Bericht von Anna Doubek über die „Grauen Panther“, eine Organisation, in der alte Menschen für ihre Rechte kämpfen.



Freitag, 31. Juli, 20.15 Uhr, ARD

Der Maulkorb. In der Reihe mit Filmen von Wolfgang Staudte wird heute die Verfilmung der eher milden Satire von Heinrich Spoerl gezeigt. Mit von der Partie in diesem Streifen ist das unvergessene Komikerpaar Wolfgang Neuss/Wolfgang Müller.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18.	44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.
4630 BOCHUM, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.	7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.
2800 BREMEN (Wall), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Meerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.	7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestraße 25b (Nähe Kaiseralle), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr, Tel.: 0721/848408.
4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo, Mi., Fr., 17-19 Uhr.	2300 KJEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567700, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-18, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.
4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/443014.	5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marlenstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di, und Fr 17-18.30 Uhr.
4000 DÜSSELDORF (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr, 17-19 Uhr, Sa, 10-12 Uhr.	6700 LUDWIGSHAFEN, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Platz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966
6000 FRANKFURT 1, Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, geöffnet: Do + Fr 17.30-20.00 Uhr, Sa 10-13 Uhr.	8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi., Fr. 16-18 Uhr, Sa. 11-13 Uhr.
7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.	4500 OSNABRÜCK, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. Tw. Sperberstraße 5
2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.	7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.
3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/	SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr